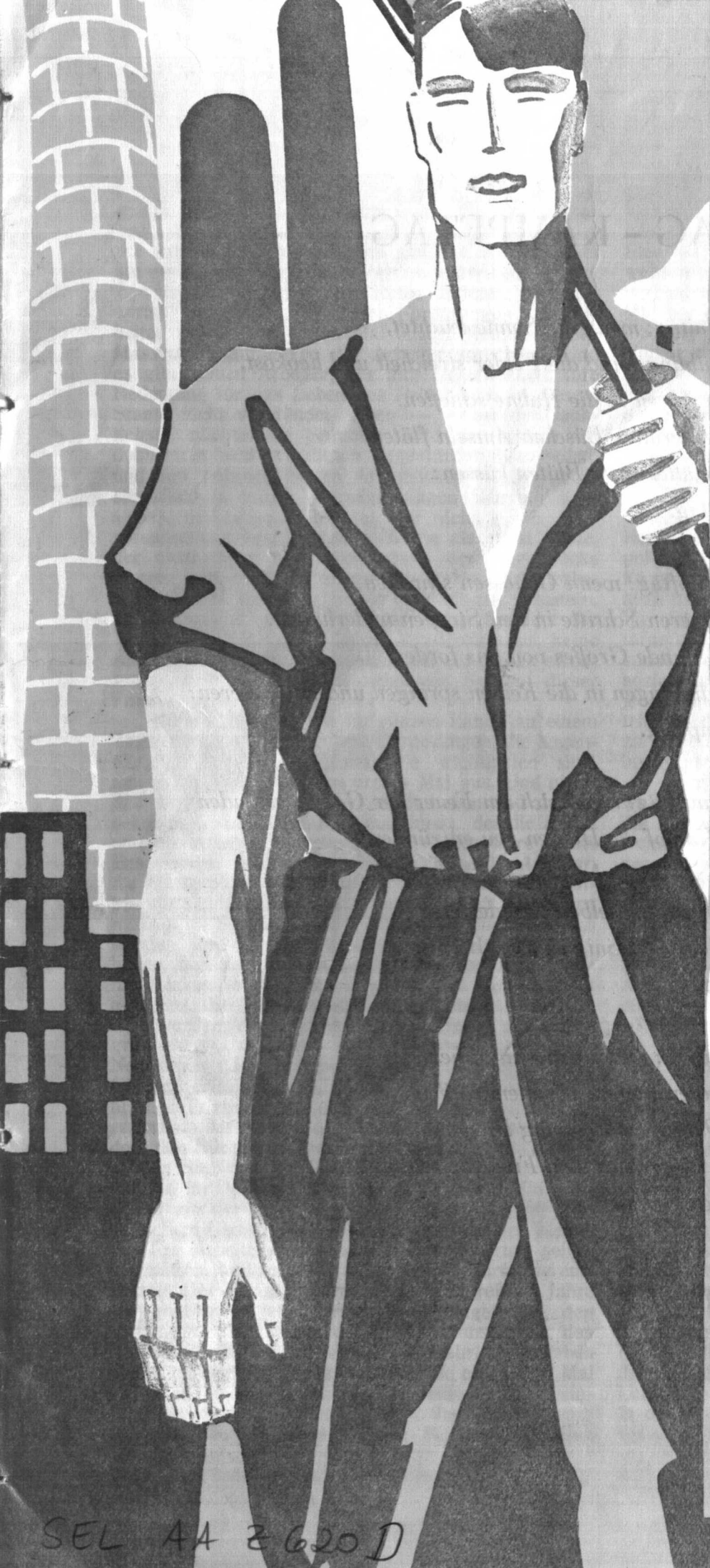


31-1D

d



SEL AA 2620 D

## MAITAG - KAMPFTAG

*Das ist Maitag: wenn die Sonne leuchtet,  
und der Frühlingswind die Felder streichelt und liebkost,  
auf daß die Ähren in die Halme schießen.*

*Wenn in den grünen Büschen Amseln flöten  
und Aurorafalter erste Blüten küssen:  
das ist Maitag.*

*Das ist Kampftag: wenn Genossen schreiten,  
daß die schweren Schritte in den Straßen widerhallen.  
Wenn jede Stunde Großes von uns fordert  
und selbst die Zagen in die Reihen springen und marschieren:  
das ist Kampftag.*

*Das ist Kampftag: wenn sich am Feuer der Gelöbnisstunden  
zu neuem Kampf die Herzen neu entzünden,  
wenn jede Stadt zu gleichem Tun sich rüstet,  
die ganze Welt zur selben Stunde feiert  
und alle Menschen einig sind im Wollen:  
das ist Kampftag.*

*Das ist Maitag: wenn Proleten lächeln,  
wenn die roten Flammenfahnen grüßen,  
die verheißungsvoll Erlösung künden.  
Wenn alle Völker sich zum Friedensfeste finden,  
ist's wirklich Maitag!*

WILLI MADER



# Die Gewalt der Idee

Josef Hofbauer

Für die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung! Für die Unterstützung der Kurzarbeiter! Für produktive Arbeitslosenfürsorge! Für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes! Für planmäßige staatliche Wohnbauförderung! — Damit sind einige der wichtigsten Kampfparolen genannt, die wir heuer am ersten Mai auf unsere Fahnen schreiben.

Ueber diese und eine Reihe anderer wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Forderungen der Arbeiter werden am ersten Mai unsere Redner in den Massenversammlungen der Arbeiter sprechen. Und es gibt keinen Arbeiter, der ihre Dringlichkeit, ihre Bedeutung für das Leben des Proletariats in diesem Staate nicht verstünde. Aber — selbst der sachlichste, nüchternste Sprecher wird am ersten Mai doch nicht bloß von diesen Tagesforderungen reden, und den notgequältesten Arbeitslosen werden nicht sie allein in unsere Versammlungen führen. Kein sozialdemokratischer Redner, der nicht in der Maiversammlung beschwingtere Worte als sonst fände, der nicht über die Erfordernisse des Augenblicks hinweg den Blick zu letzten Zielen der Arbeiterbewegung hebt, der nicht, erfaßt von heiligen Schauern, zu leidenschaftlichem Verkünder der großen Idee der Menschheitsbefreiung würde! Kein Proletarier, keine Arbeiterin, die nicht am ersten Mai ein Ahnen streift jener großen Idee, deren schönstes Symbol dieser Feiertag ist!

Denn nicht, daß wir im ganzen Lande an einem Tage demonstrieren für jene Forderungen, die augenblicklich der Arbeiterklasse die wichtigsten sind, macht die Bedeutung des ersten Mai aus. Und nicht, daß wir uns einen Tag erkämpft haben und daß er sogar zum staatlichen Feiertag wurde, der die Arbeit und die Arbeiter ehren soll. Das alles wäre nichts Besonderes. Aber daß an diesem Tage die Arbeiter, die Angehörigen der Klasse der Unterdrückten, selbstbewußt sich aufrecken, daß sie, die so oft schweigen müssen zu Schmach und Unrecht, die ihnen angetan werden, ihre Stimmen zu siegesgewissem Schrei erheben, daß sie hinauswachsen über den Alltag und ihr Denken in die Zukunft greift, daß sie, die Verachteten, die Mißverständenen, mit einem Stolz erfüllt werden, der anderen Klassen fremd und unbegreiflich ist, mit dem Stolz auf ihre Mission der Neuformung der Gesellschaft, und daß sie von einem Glauben erfaßt werden, der in unserer Zeit der technischen Triumphe und der — Skepsis gegenüber allem außerhalb der Sphäre des Geschäftemachens Liegenden den Bürger seltsam anmuten muß, vom Glauben an den Sieg des Menschentums — das hebt im Fühlen und im Denken der Arbeiter den ersten Mai hoch empor aus der Reihe der Tage, verklärt ihn mit zauberischem Glanz, gibt ihm eine so wunderbare Weihe.

Die Arbeiter haben sich diesen Feiertag selber geschaffen, weil er einem seelischen Bedürfnisse entsprach. Der Pariser internationale Kongreß im Jahre 1899 hat nicht jenen ersten Mai „eingeführt“, den wir feiern. Er hat einen Demonstrationstag für den Achtstundentag beschlossen. Nicht mehr. Mehr haben aber die Arbeiter daraus gemacht, die am ersten Mai nicht nur für den Achtstundentag demonstrieren, sondern für alles, was die Sehnsucht ihrer Klasse war: für politische Gleichberechtigung, für die Abwälzung des ökonomischen Drucks, für die Erringung ihrer Menschenwürde, für den Sozialismus. Es war wirk-

lich „die Idee der Arbeiterklasse“, die am ersten Mai lebendig wurde, Gestalt gewann, sich aufreckte, siegend in Millionen Herzen eindrang, aus Demütigen Kämpfer, aus Verzweifelten mutige Streiter, aus Kleinmütigen zuversichtliche Gläubige machte. Diese Idee war es, die den ersten Mai zu dem großen, weltumspannenden, die Proletarier aller Nationen verbindenden Fest- und Kampftage machte. Der erste Mai hat erst den internationalen Gedanken so recht lebendig gemacht: an *einem* Tage die Arbeiter *aller* Völker zusammenfassend zur gleichen Freude, zum gleichen Kampf, sie verbindend in einer berauschen- den Einheit des Gefühls, hat er den Arbeitern eindringlicher als die beredtesten Lehren der Redner und der Bücher ihre Weltverbundenheit, ihre Schicksalsgemeinschaft geoffenbart — indem er sie ihnen zum Erlebnis machte.

Man kann nicht Politik allein mit dem Verstand treiben, es muß auch das Herz mitsprechen. Das Herz der Arbeiter spricht immer wieder mit, bei jeder politischen Aktion. Ja, das gibt dem proletarischen Kampf erst seine Schwungkraft, daß die Arbeiter auch mit dem Herzen dabei sind, daß nicht nur jeder für sich denkt, an sich denkt, daß nicht bloß nüchterne egoistische Erwägungen sie zur Aktion führen, sondern auch das Gefühl der Erbitterung über das soziale und politische Unrecht, auch wenn es nicht jeden einzelnen mit gleicher Schwere unmittelbar trifft — das erhebende Gefühl, für die Gemeinschaft zu kämpfen — das berauschte Gefühl des Glückes, im Dienste einer unbesiegbaren Idee zu streiten.

Herrlich offenbart sich am ersten Mai die Gewalt der Idee. Die Idee der Befreiung der Arbeiter, die Idee des Sozialismus, der den Arbeitern die Befreiung aus der Lohnknechtschaft bringen wird und der nur Wirklichkeit werden kann durch den Klassenkampf der Arbeiter, hat die Massen erobert — und die Massen werden diese Idee zum Siege führen. Nie und durch nichts kann diese Idee mehr aus den Köpfen der Arbeiter vertrieben werden und nicht aus ihren Herzen — denn auch mit den Herzen haben die Arbeiter sie erfaßt, sie erfüllt, sie in sich aufgenommen. Sie sind zu Gefäßen der Idee geworden.

Kein Mussolini, kein Horthy, kein Seipel vermag sie, diese große Befreiungsidee, aus Herz und Hirn des Proletariats zu vertreiben, keine Diktatur sie zu töten. Und muß sie, wie in Italien, sich schweigend mit einer Heimstatt in verborgenen Herzenskammern begnügen — sie lebt! Keine Diktatur kann das Proletariat aus der Lohnknechtschaft führen, keine Peitsche seine Freiheitssehnsucht erschlagen, kein faschistisches Zuckerbrot ihm die verlorene Menschenwürde ersetzen. Und kann jahrzehntelang die Idee nicht Wort werden, — nach Jahrzehnten kommt der Tag, da sie Tat wird! Da die Idee der Gewalt, die kläglichste, ärmlichste aller Ideen, zerbricht vor der Gewalt der Idee!

Und in den Ländern der Demokratie, in jenen Staaten, in denen die Arbeiter auf parlamentarischem Boden kämpfen um schrittweise Erfüllung ihrer dringlichsten sozialen Forderungen, die ihnen das Leben ein wenig lebenswerter machen sollen, — auch in den Ländern der Demokratie lebt die große Idee weiter in Herz und Hirn des Proletariats. Denn kein sozialpolitisches Gesetz, das sie der Bourgeoisie abzurufen vermögen, vermag sie darüber hinwegzu-



VINCENT VAN GOGH: DER SÄMANN

täuschen, daß sie in Lohnknechtschaft leben, daß sie Hörige des Kapitals sind. Und kein politisches Recht, das ihnen die Demokratie gibt, kann sie darüber hinwegtrösten, daß das Unrecht des Privatbesitzes, das die Kapitalisten tatsächlich zu Beherrschern der Arbeiter macht, fortbesteht. Wir mögen, weil politische Tagesnotwendigkeiten es erheischen, vorübergehend mit Bürgerparteien in einer Regierungskoalition sitzen — nicht einen Augenblick lang vergessen wir, daß es unsere Klassenfeinde sind, mit denen wir die Koalition bilden, und daß unsere Regierungsteilnahme nichts anderes ist als ein Versuch, uns aufgezungen durch die politische Entwicklung, den Klassenkampf zu führen auf anderem Kampfboden.

Denn das lehrt uns gerade der erste Mai immer wieder: es gibt keinen Frieden zwischen Bourgeoisie und Proletariat! Es gibt keine Versöhnung zwischen den Klassen! Und mögen am ersten Mai neben unseren roten Fahnen auch die Fahnen des Staates wehen und so den ersten Mai zu einer Art überparteilichem, der öffentlichen Ehrung der Arbeit dienenden Feiertag zu formen versuchen, — die Arbeiter, die am ersten Mai marschieren, tragen in ihren Herzen das Bild einer anderen Welt, sie denken am ersten Mai an die Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft, sie denken hinaus über die Grenzen der Staaten und der Nationen, denken an die internationale Kampfgemeinschaft der Proletarier — ihr erster Mai ist, wie vor drei Jahrzehnten, der Tag erneuten Gelöbnisses unerbittlichen Klassenkampfes.

Ja, er muß es in einer Phase unserer Politik, die uns an einen Tisch mit den Bürgerparteien zusammenführte, die uns in eine Regierungsgemeinschaft

mit den Parteien der Bourgeoisie führte, erst recht sein! Gerade in dieser Zeit ist es Lebensnotwendigkeit für die Sozialdemokratie, daß in den Massen jene Idee, die den ersten Mai zu ihrem großen Feiertag machte, heller leuchtet denn je! Daß in keinem Arbeiter der Gedanke des Ausgeglichenenseins mit dem Bürgertum auftaucht, daß keiner neigt zu einem Sichabfinden mit den bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen und der bürgerlichen Eigentumsordnung, daß keiner sich bescheiden will mit dem Wenigen, das durch Koalitionspolitik erreichbar ist! Denn mag es auch, gemessen an den Ergebnissen der Bürgerblockregierung, vieles sein — es ist wenig im Vergleich zu den großen Forderungen des Proletariats, zu seinem großen Wollen und seinen großen Zielen. Und kann nie viel sein für eine Klasse, die nicht weniger zu fordern hat als alles!

Des Weges, den wir zurückgelegt haben, mögen wir uns freuen am ersten Mai. Des proletarischen Machtzuwachses. Der steigenden Bedeutung unserer Klasse. Denn wir haben schon ein wenig Ursache, uns zu freuen! Aber der erste Mai, an dem wir mit inbrünstiger Begeisterung denn sonst an unsere letzten Ziele denken, an ihnen das Erreichte messen, sagt uns doch auch eindringlicher als jeder andere Tag unserer Arbeit und unseres Kampfes, daß wir inmitten einer feindlichen Welt leben, daß unser Leben selbst an den friedlichsten Stunden kein anderes sein kann als das ständiger Kampfbereitschaft — und heller lodert dann die Flamme der Idee, unerschütterlich wird unser Wille, in ihrem Dienste den Weg, den ihre Verwirklichung erfordert, zu gehen bis ans Ende — den Weg des Klassenkampfes!

# Götzendämmerung der Diktatur?

Emil Franzel

Der überraschende Sturz der Diktatur in Spanien hat die reale Macht der europäischen Diktatoren kaum zu erschüttern vermocht und es ist wenig wahrscheinlich, daß sich die Front der faschistischen und halbfaschistischen Staaten vom europäischen Südwesten her auflösen läßt. Aber dieses plötzliche Versinken eines anmaßenden und übermütigen Regimes in Schande und Jämmerlichkeit hat doch die Gemüter wachgerüttelt, es hat die verwundbarsten Stellen des Systems bloßgelegt und die Parteigänger des diktatorischen Gedankens in eine moralische Panik versetzt.

Die Diktaturen der Nachkriegszeit entspringen — sämtliche auf der Basis einer noch recht unentwickelten kapitalistischen Wirtschaft ruhend — doch verschiedenen Interessen. Die ungarische Adelsdiktatur, rein feudalen Charakters, nicht die Herrschaft eines Mannes, sondern die einer privilegierten Kaste, die um Privilegien und den Besitz kämpft, aber doch im Kampfe ihrer Cliques und Kamarillas untereinander den Schein des Parlamentarismus nicht entbehren kann, ist etwas anderes als die faschistische Diktatur in Italien, die eine Klassendiktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiter ist, wobei freilich das Mittel, dessen sich die Unternehmer und Banken bedienen, die Söldnertruppe der Milizia nazionale, seit dem Marsch auf Rom an Bedeutung und Selbständigkeit in dem Maße gewonnen hat, daß heute die bürgerlichen Parteien so gut wie die proletarischen zerstört und verboten sind und ein politisches Leben der Bourgeoisie nur im Rahmen der faschistischen Syndikate und der faschistischen Partei möglich ist. In Italien haben wir es trotz aller persönlichen Macht Mussolinis doch mit einer bürgerlichen Klassendiktatur zu tun, in Ungarn mit der Diktatur einer adeligen Kaste. Jene ist sicherer als diese im staatlichen Machtapparat fundiert, die ungarische aber hat der italienischen voraus, daß sie weniger von dem Instrument der Macht abhängig ist. Einen Ausnahmefall stellt auch heute noch die jugoslawische Diktatur dar, die sich auf Armee und Bürokratie, daneben auch auf einzelne politische Gruppen stützt, aber nicht eigentlich ein bestimmtes Klassen- oder Kasteninteresse vorwiegend vertritt, sondern die königliche Souveränität vor allem als Gegengewicht gegen die streitenden Nationen ausspielt. Die jugoslawische Diktatur kann unter Umständen auch eine historische Mission erfüllen, wenn sie es zuwege bringt, die Einigung der südslawischen Stämme zu fördern. In den Methoden unterscheidet sie sich freilich nicht von den faschistischen Regierungen anderer Länder und auch ihr Ende wird nur durch einen revolutionären Prozeß herbeigeführt werden. Immerhin ist sie nicht nur rückwärtsgerichtet, wie die faschistischen Gewaltherrschaften der Bourgeoisie und des Adels in Italien und Ungarn. In Polen hat seinerzeit die Bourgeoisie faschistische Gelüste gezeigt und Pilsudskis Putsch galt dem Faschismus der Nationaldemokraten. Nach dem Siege des Mai-Umsturzes aber wurde Pilsudski selbst der Repräsentant der faschistischen Gewalten. Dennoch haben wir in Polen eine andere Erscheinungsform der Diktatur vor uns als in Italien oder Ungarn, eine andere aber auch als in Jugoslawien. In Polen strebt Pilsudski für seine Person die diktatorische

Gewalt an und die Diktatur soll lediglich auf der Armee beruhen. Sie will eine kleine Schichte von militärischen Würdenträgern zu den alleinigen Inhabern der staatlichen Gewalt machen, der Armee alles übrige unterordnen. Dagegen wehrt sich auch die polnische Bourgeoisie, die in der drohenden Diktatur weniger die Vertretung ihrer Klasseninteressen als eine Gefährdung ihrer Vermögen durch eine halbrecherische militaristische Politik sieht.

\*

Die Diktatur in Spanien, deren Weisheit zuerst am Ende war, ist ähnlich der drohenden polnischen eine Militärdiktatur gewesen. Sie war in dem kapitalistisch unentwickelten Lande weder durch eine mächtige Söldnerorganisation der Bourgeoisie wie in Italien gedeckt, noch stützte sie sich wie in Ungarn auf die feudalen Gewalten. Sie konnte nur durch die Armee bestehen und war verloren, als die Armee selbst sich dem Regime Primo de Riveras widersetzte.

Im Zusammenbruch der spanischen Diktatur zeigen sich aber alle Symptome des Verfalles, die auch andere Diktaturen in sich tragen, sie offenbart uns die Schwächen des Regimes, das nicht überall so leicht zu stürzen sein wird wie in Spanien, das aber überall an dem gleichen Uebel krankt. Und da dieses Uebel just das ist, das die Anbeter der Diktatur der Demokratie vorwerfen, sehen sie sich durch die spanischen Ereignisse so schwer enttäuscht. Es ist das Grundübel aller despotischen Regierungssysteme: Korruption, Mißwirtschaft, Willkür, Unsicherheit. Auch in der Demokratie gibt es, solange sie eine bürgerliche Demokratie ist und der Schauplatz der Machtkämpfe nicht nur zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterklasse, sondern auch zwischen den kapitalistischen Mächtegruppen untereinander, alle diese Uebel, die dem Nährboden der Profitwirtschaft entspringen. Die Demokratie ermöglicht nun die offene, unverschleierte Kritik dieser Erscheinungen. In der Demokratie ist es unmöglich, auf die Dauer öffentliche Mißstände geheimzuhalten, ihre Kritik zu verhindern, die Remedur hintanzuhalten. Die Lotterwirtschaft bürgerlicher Machthaber mag oft ins Gigantische wachsen und der Dreck der bürgerlichen Korruption mag in der Dollardemokratie wolkenkratzerhoch liegen, die Demokratie bietet doch das Ventil der Empörung und den Hebel der Reform. Die oberflächliche Betrachtung dieser Dinge, die heute von den meisten geübt wird, die vor allem in den Kreisen der Intellektuellen daheim ist, sieht nur die aufgedeckten Mißstände in der Demokratie, nicht aber die verdeckten Uebel der Diktatur. Sie zählt die Skandale der bürgerlichen Republiken, von denen die Zeitungen voll sind, sie vergißt aber, daß die Zensur in den faschistischen Staaten ein, für den Ausländer zumindest, undurchdringlicher Schleier ist, hinter dem sich — unkontrolliert von der Demokratie — das gleiche vollzieht.

Und während in der Demokratie die allgemeine Tendenz dahin geht, den Mißbrauch der öffentlichen Aemter einzuschränken, Sicherheiten zu schaffen, die Gewissen zu wecken, Kritik zu üben und das Volk reif zur Ausübung der Souveränität zu machen,

zielt unter der Diktatur alles darauf ab, die üblen Praktiken der Machthaber und ihrer Kreaturen zu verschleiern und zu vertuschen, nicht den Schuldigen, sondern den Kläger zu strafen, nicht das Uebel, sondern die Kritik des Uebels unter Strafsatz zu stellen und dem geschädigten Volk jede Möglichkeit der Reform zu nehmen. Noch jede Diktatur hat den Sumpf gemehrt und die Pest der Korruption epidemisch gezüchtet. Die Diktaturen aller Zeiten und Formen, von den Despotien des Orients und der Antike über das absolute Königtum des Feudalismus bis auf die Diktaturen des 19. Jahrhunderts zeigen gleichermaßen, daß unter der eisernen Faust die faule Saat der gesellschaftlichen Verderbtheit üppig gedeiht. Dazu kommt, daß die Diktatur Polizei, Justiz und Verwaltung in den Dienst ihres Machtwillens stellt und zu Werkzeugen nicht der Abwehr der Mißstände, sondern der Korruption und Unterdrückung macht. Auch in der Demokratie gibt es eine Klassenjustiz, eine vom Obrigkeitsswahn trunkene Polizei und eine politisierte Verwaltung. Aber das Volk braucht sie nur solange zu dulden, als es will, das heißt also, als es unreif und unmündig ist. Es kann sie abschütteln und den Staat nach seinen Wünschen einrichten, sobald es gelernt hat, die demokratischen Machtmittel, Wahlrecht und Anteil an der Verwaltung, zu seinem Nutzen zu gebrauchen. Die Diktatur duldet keine Auflehnung gegen die Autorität und ihre Unterläufer, sie verwirft jeden Wunsch nach der Aenderung des Bestehenden. Da aber unter der Diktatur die öffentliche Ordnung nicht durch das Gesetz und den Volkswillen, sondern durch Willkür und Gewalt aufrechterhalten und garantiert wird, ist die öffentliche und allgemeine Kontrolle des staatlichen Apparates so unmöglich wie die Kritik der Mißstände. Der Staatsapparat wird durchsetzt von Verschwörungen und Verrätereien, denen die Diktatur durch Spitzeltum und Denunziation begegnet. Der scheinbar so präzise funktionierende Staatsapparat der Diktatur — den nur das allgemeine Schweigen der Kritik, die Todesstille der Zensur, so erscheinen läßt — weist in Wahrheit weit mehr schadhafte Stellen auf als der demokratische Mechanismus, der allen Blicken bloßliegt und dessen Schäden jeder Staatsbürger nennen darf.

Wenn nun eine Diktatur zusammenbricht, wird über Nacht offenbar, was jahrelang sich den Blicken der Umwelt entzog. Die spanische Diktatur, die wie ein Kartenhaus fiel, haltlos in sich zusammensank, galt den Anbetern des Faschismus, vom größten hitlerianischen Kaliber bis zu den „Edelfaschisten“ aller Sorten, als ein Musterregiment der Ehrlichkeit und ernstesten Arbeit. Als sie fiel, nannte man als eine der wesentlichsten Ursachen ihres Zusammenbruches die allgemeine Mißwirtschaft, die ihren sichtbaren Ausdruck im Sturz der spanischen Währung gefunden hatte. Nun erwies sich die schadhafte Struktur des Staatsapparates; Heer und Polizei, Verwaltung und Justiz waren, wie sich den blinden Nachläufern der faschistischen Parole erst jetzt zeigte, keineswegs Muster an Ordnung und Verlässlichkeit, sondern im Gegenteil durchsetzt von Opposition und Spitzelei, unkontrollierbare Faktoren der Gewalt, die nur auf das Signal warteten, sich auf die andere Seite zu schlagen. Zur selben Zeit, da in

Spanien die Diktatur abdankte, kam man in Polen der erst im Werden begriffenen Diktatur neuerlich auf eine Reihe von Korruptionen. Seit drei Jahren verkündet das „Mai-Lager“ Pilsudskis, daß man Polen von der Sejmokratie befreien, den korrupten Reichstag verjagen und die Herrschaft einem unbestechlichen Manne und seinen von Offizierslehre erfüllten Gehilfen überlassen müsse. Aber drei Jahre sind eine zu lange Vorbereitungs- und Probezeit. Der Sejm erwies sich in diesen drei Jahren vor allem deshalb als „Schädling“, weil er den naiven Kinderglauben an die Reinheit und Sittenstrenge der Pilsudskisten nicht teilte, sondern durch seine Untersuchungskommissionen eine ganze Reihe schmutziger Geschäfte und Schiebungen des „Mai-Lagers“ aufdeckte.

\*

Die Aufdeckung der morschen Pfeiler der Diktatur in Spanien und Polen, die Entschleierung eines Idols, das man für das der Pflicht und Strenge hielt und das nur eines der Brutalität und Profitmacherei war, hat den Glauben an die Diktatur ohne Zweifel in weiten Kreisen erschüttert. Man ist in der bürgerlichen Presse, wo sie am liberalsten die Gesinnungen feil hält und darum neben der demokratischen immer die Mussoliniwalze im Werkel hatte, in den letzten Wochen sehr vorsichtig mit der Verhimmelung der Diktatur und mit der Erörterung der „Krise der Demokratie“ geworden.

Auch in Deutschland und Oesterreich hat der Faschismus, der gegen die „korrupte Demokratie“ zu Felde zieht, in den letzten Monaten mehr Strafkarte als Lorbeeren in seinen Ruhmeskranz geflochten. Die Heimwehaffären häufen sich in einem Maße, daß es schwer fällt, sie zu registrieren, die Vorkämpfer einer für fünf Schilling pro Mann käuflichen „Volksbewegung“ entpuppen sich mehr und mehr als die Stammgäste der Zuchthäuser selbst, einer Gesellschaft, die sie doch vor allen Angriffen bewahren wollen, und Leute ohne Strafkarte werden bald die weißen Raben unter den grünen Hähnen sein. Die Versumpfung der Hitlerbewegung im Reich ist durch eine Reihe von Prozessen erwiesen worden, die auf die Geldquellen des deutschen Faschismus aufmerksam machten. Die Verkuppelung der nationalsozialistischen Hitlerei mit dem Riesengeschäft des deutschnationalen Kapitalisten Hugenberg zeigt vollends, was von der Reinigungsaktion des Nationalismus zu erwarten wäre.

Es ist eine Götzendämmerung, die nach wenigen Jahren des Heldenkults und der Reklame über die Diktatoren und ihre Gefolgschaften hereingebrochen ist. Es liegt an uns, diese Dämmerung der Köpfe zum vollen Tage zu erhellen und den Nimbus der Gewaltherrschaft, die sich als Hort der Moral ankündigt, vollends zu zerstören. Je sicherer wir nachweisen, daß die heroische Geste nur eine schlechte Verhüllung des Räubergriffes nach dem Geld und Gut der Armen, daß die moralische Phrase nur ein anderer Ausdruck für den Schrei nach dem großen Geschäft, daß die scheinbare Ordnung und Sicherheit nur die Ruhe des Todes ist und daß unter der Tünche der Moder wächst, desto sicherer werden wir die Nacht, die über die Dämmerung, die uns die nackten Götzenbilder zeigt, zum hellen Tage erleuchten, in dem eine freie und mündige Menschheit keines Büttels bedarf, um dem Sittengesetz zu dienen, das sie selbst sich gab!

# Rundblick auf die Wirtschaftswelt

Heinz Fischer

Das Titelbild einer um die Jahrhundertwende erschienenen Monatschrift zeigte einen Riesenbau in hellem Brande. Ein paar Feuerwehrleute mühten sich nach Leibeskräften mit dem Löschen ab. Der Bau stellte den Kapitalismus dar und unter dem Bilde stand: „Spritzt so viel ihr wollt, das Gebäck bricht doch bald zusammen!“ Das war vor 30 Jahren. Inzwischen hat vier Jahre hindurch die halbe Welt gebrannt und der Kapitalismus steht heute noch. Was aber hat sich gewandelt, seit die Festschrift mit jenem Bilde erschienen ist?

Der sozialistisch geschulte Arbeiter weiß, daß der Kapitalismus als gesellschaftlich organisierte Macht des gepanzerten Geldschranks eine unabsehbare Schar von freiwilligen und unfreiwilligen Helfern in seinen Dienst gestellt hat, deren Aufgabe es ist, alles was im gegenwärtigen System geschieht, wissenschaftlich, weltanschaulich, religiös oder

sonstwie zu bemänteln; er weiß aber auch, daß hinter allem Drum und Dran eben doch das Kapital als treibende Allgewalt steht. Es hält die Unternehmungen im Schwung, ballt sie zusammen, hetzt sie auf dem ganzen Erdball gegeneinander los und ist die alleinige Triebfeder jener Erscheinungen, die man unter dem Namen Weltwirtschaft zusammenfaßt. Ob es den Kapitalisten eines Landes jeweils gut oder schlecht geht, ist eine Sache für sich. Das Schicksal des gesamten kapitalistischen Systems und damit das Schicksal unserer Gesellschaftsordnung wird in der Weltwirtschaft gewogen. Daß es eine Weltwirtschaft in dem strengen Sinne noch nicht gibt, in dem die Professoren von der Volkswirtschaft sprechen, das soll uns weiter nicht bekümmern. Auf den Namen kommt es nicht an und was gemeint ist, das weiß der sozialistische Leser ja.



ALBRECHT DURER: STUDIE ZUR EVA (1507)

Gegenwärtig sind auf der Welt noch fast alle geschichtlichen Entwicklungsstufen des Kapitalismus vertreten, von der gewaltsamen Massenausraubung bis zur Ausbeutung nach staatlich genehmigtem Tarifvertrag. Der französische Dichter André Gide beschreibt in einem Reisetagebuche, mit welcher unmenschlicher Grausamkeit am Kongo die Schwarzen ausgesaugt werden. Daß ein Neger wegen Arbeitsverweigerung zu Tode geprügelt wird, ist dort nichts Besonderes. Ostasiens Arbeiterschaft erleidet heute alle Greuel des Frühkapitalismus, die uns Friedrich Engels in seinem Buche über die Lage der arbeitenden Klassen in England so ergreifend geschildert hat. Hingegen gleicht das Amerika von heute in vieler Hinsicht dem Deutschland nach dem Kriege von 1870—1871, dessen Kapitalisten durch den Milliardenregen der französischen Kriegsschädigung außer Rand und Band geraten waren. In West- und Mitteleuropa herrscht jetzt der müde Nachkriegskapitalismus, dem so nichts mehr recht nach Wunsch geht. Die Konjunktur ist schlecht, die Gewerkschaften sind stark, von der Genossenschaftsbewegung droht Gefahr und seit die Sozialisten im Staate etwas mitzureden haben, ist auch dieser ihnen nicht mehr willfährig genug. Sie übertreiben noch ihr Ungemach und klagen bitterlich. Hungeriger Draufgänger, satter Emporkömmling und Patient mit verdorbenem Magen; das sind, bildlich gesprochen, die Erscheinungsformen, in denen der Kapitalismus heute auftritt.

Der Völkerkrieg hat mit seiner ungeheuerlichen Vernichtung von Menschenleben und Gütern die Wandlungen der Weltwirtschaft wenn nicht verursacht, so doch in ungeahnter Weise beschleunigt. Viele Europäer wollen es noch heute nicht wahr haben, daß ihr heimatlicher Kontinent, der vor dem Kriege politisch, wirtschaftlich, technisch und kulturell führend war, nun in so vieler Hinsicht hinter Nordamerika zurückstehen muß. Das ist aber so, und es ist sogar die entscheidende Umstellung im Weltgefüge der Wirtschaft. Vor 1914 war Europa der Bankier der ganzen Welt; die anderen Erdteile schuldeten ihm 100 Milliarden Goldmark und am meisten davon Nordamerika. Heute ist Europa allein an die Vereinigten Staaten mit 30 Milliarden Goldmark verschuldet. Bedeutsamer noch als die eingetretene Wandlung erscheint die Schnelligkeit, mit der sie vor sich gegangen ist. Man bedenke doch, daß England volle 100 Jahre gebraucht hat, um bei seinen Schuldnern in der Welt ein Guthaben von 60 Milliarden Goldmark anzuhäufen. Auch die Zahlen über die Veränderung des Volksvermögens in den einzelnen Staaten beweisen, — so ungenau sie auch sein mögen, — die gewaltige Ueberlegenheit der amerikanischen Union. Nicht nur die absolute Größe ihres Volksvermögens hat sich in den Jahren von 1913 bis 1928 mehr als verdoppelt, es ist auch die auf einen Kopf der Bevölkerung entfallende Quote von 8600 Goldmark auf 14.700 Goldmark gestiegen. Breit und fest sind die Grundlagen dieses Reichtums. Die Vereinigten Staaten bedecken nur 5.8 Prozent der festen Erdoberfläche und umschließen in ihren Grenzen nur 5.7 Prozent der Weltbevölkerung, aber sie beherrschen von vielen unentbehrlichen Rohstoffen nahezu die Hälfte der Welterzeugung und von manchen sogar mehr als die Hälfte. Die folgenden Zahlen geben an, wie viel Prozente der Weltproduktion einiger Rohstoffe auf die nordamerikanische Union entfallen: Steinkohle 43 Prozent, Roheisen 43,

Rohstahl 45, Blei und Zink je über 40, Kupfer 55, Erdöl 71, Tabak über 40, Baumwolle 56, Mais über 60 Prozent.

Zwei Tatsachen fordern unsere Aufmerksamkeit besonders heraus: Nordamerikas Anteil an der Weltproduktion landwirtschaftlicher Rohstoffe ist seit 1900 langsam gesunken, aber jener der mineralischen Rohstoffe ist dafür um so mehr gestiegen. So betrug, um nur zwei Beispiele zu nennen, die nordamerikanische Baumwollerzeugung im Jahre 1900 noch 72 Prozent der Weltbaumwollernte, die Erdölproduktion aber erst 43 Prozent der Erdölgewinnung der Welt. Mit dieser Tatsache steht die zweite in engem Zusammenhange: Nordamerika verwandelt sich aus einem Lande der Urprodukten-Ausfuhr immer rascher in ein Land der Fertigwaren-Ausfuhr. So wie in den 80er Jahren das billige amerikanische Getreide zum Schrecken der europäischen Landwirtschaft wurde, so sind heute die amerikanischen Industrieerzeugnisse zum Schrecken unserer Industrie geworden. Wohl jeder von uns kennt aus dem täglichen Leben mehrere Beispiele dafür, wie stark die amerikanische Konkurrenz ist. Hier sei noch ein besonders krasses angeführt: vor dem Kriege erzeugte Deutschland am meisten Kunstseide von allen Staaten der Welt, Nordamerika stand an sechster Stelle. Heute hat die nordamerikanische Kunstseidenindustrie alle anderen weit überflügelt. Aber nicht allein die amerikanische Konkurrenz ist für Europa bedrohlich. Die früheren Kolonialvölker in Ostasien, Indien, Australien und Südamerika betreiben planmäßig eine riesenhafte Industrialisierung. Sie wollen selbständig werden und haben in der Weltwirtschaft eine wahrhafte Los-von-Europa-Bewegung entfesselt. So hat beispielsweise Japan in den letzten 60 Jahren seine Bevölkerung verdoppelt, seinen Verbrauch an Rohstoffen zur Erzeugung industrieller Fertigwaren allein seit Beginn dieses Jahrhunderts im Durchschnitt verfünffacht. Und dabei ist die Hauptsteigerung des Verbrauchs erst seit 1914 eingetreten. Auf der Prager und auf der Leipziger Messe hatten über 100 japanische Firmen ihre Erzeugnisse ausgestellt. Manche davon, z. B. einfache Baumwollsocken, sind so billig, daß sie anfangen, sogar hier bei uns eine Konkurrenzgefahr zu werden. Auf den Exportmärkten stehen japanische Baumwollsocken mit tschechoslowakischen und sächsischen Erzeugnissen schon seit Jahren in erfolgreichem Wettbewerb.

Noch für eine andere, bedeutungsvolle Wandlung in der Weltwirtschaft ließen sich zahlreiche Beispiele anführen; für die zunehmende Abwanderung der Industrien nach den Ländern ihrer Rohstoffgrundlagen. Anstatt seine Baumwolle nach England zu liefern, kauft Indien lieber Textilmaschinen, verarbeitet die heimische Baumwolle und verkauft die fertigen Textilwaren. Ebenso machen es die Australier mit ihrer Wolle; sie verarbeiten sie in zunehmendem Maße im Lande selbst. In den Erdölgebieten schießen die Raffinerien aus dem Boden und es wird immer mehr gereinigtes Erdöl an Stelle von Rohöl ausgeführt. Kanada vermahlt wachsende Mengen seiner Weizenernte selbst und exportiert Mehl. Den europäischen Agrariern hat die künstliche Hochzüchtung der Rübenzuckerproduktion nichts genützt; schon seit 1901 ist der überseeische Rohzucker wieder in stetem Vordringen. Und bei alldem steht die wirtschaftliche Entfaltung der Kolonialländer noch in ihrem Anfange. Wer weiß, mit



welchen Augen schon unsere Kinder einst Kanada ansehen werden, das Gebiet, von dem der Philosoph Voltaire schrieb, es sei „um die paar Aecker Schnee nicht schade“, als Frankreich es im Jahre 1763 an England abtreten mußte. Daß vielfach europäisches Kapital diese Entfaltung erst möglich macht, ist für die europäischen Kapitalisten nur ein vorübergehender Trost und für die Arbeiter gar keiner. Schließlich sind auch die Vereinigten Staaten hauptsächlich durch englisches Geld erschlossen worden, aber was haben die Engländer heute davon? Der neue Kapitalismus in diesen Ländern macht sich unter dem Schlagwort von der nationalen Arbeit erfahrungsgemäß so rasch wie möglich unabhängig. Mit dem wirtschaftlichen Einfluß Europas sinkt auch sein politisches Ansehen, — das bestätigen uns alle nationalen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit.

Als die europäische Wirtschaft nach dem Kriege versuchte, sich wieder in die Weltwirtschaft einzuliefern, stieß sie allenthalben auf Widerstand. Vor dem Kriege sagten unsere Kapitalisten in solchen Fällen: „Der Handel folgt der Flagge“ — und sie schickten ihre Flagge in ein widerspenstiges Gebiet, indem sie es durch ihren Büttel Militärstaat kriegerisch unterjochten. Darauf folgte die „wirtschaftliche Durchdringung“. Diese bequeme Eroberungskonjunktur ist für die Kapitalisten der alten Welt heute vorbei. Doch da fand die europäische Industrie einen anderen Ausweg. Sie machte ihre Produkte dadurch begehrenswert, daß sie Qualitätswaren erzeugte und sie zu den niedrigst möglichen Preisen anbot. Es begann die noch nicht abgeschlossene Epoche der industriellen Spezialisierung und Rationalisierung. Jeder Fabrikant bringt in rascher Folge immer wieder etwas Neues heraus. Die kleinsten Verbesserungen werden mit einem ungeheuren Reklameaufwand als unentbehrliche Neuheiten angepriesen und selbst Gegenstände des Hausgebrauchs, die jahrzehntelang in gleicher Art und Qualität hergestellt wurden, sind heute in den Modewechsel hineingezogen. Zweifellos hat diese Umstellung dem europäischen Industriekapitalismus Erfolge gebracht und sie hat auch die Arbeitslosigkeit bei uns vermindert. Im ganzen sind jedoch seit dem Jahre 1914 die Verluste auf dem Weltmarkte viel größer als die Erfolge.

\*

Je stärker ein Wirtschaftszweig spezialisiert ist, desto größere und freiere Absatzmärkte braucht er; gerade so wie ein Laden, in dem nur Strümpfe verkauft werden, mehr Kunden haben muß, als ein vollständiges Schnittwarengeschäft gleicher Größe. An den großen freien Märkten fehlt es jedoch. „Des Kaufmanns Reich ist die ganze Welt“, dieses liberale Wort aus der Vorkriegszeit klingt heute wie ein dummer Witz. Gerade für den Handel ist die Welt doch überall mit Brettern vernagelt und mit den dicksten Brettern bei uns in Europa. Vierzehn neue Staaten hat der Friedensvertrag von Versailles aus der Erde gestampft. Vierzehn neue Kleinstaaten, — das bedeutet 14 Zollgrenzen, 14 Heere von Zollbeamten, 14 Hindernisse für den Verkehr von Menschen und Waren. Vor 100 Jahren mußte die Postkutsche oft anhalten, weil sie innerhalb weniger Stunden über die Grenzen mehrerer deutscher Kleinstaaten fuhr. Die Insassen mußten ihr Gepäck untersuchen lassen und zollpflichtige Gegenstände verzollen, natürlich jedesmal in einer anderen Landeswährung. Ueber den Unfug jener Zeit lächeln wir

heute. Wenn aber gegenwärtig ein Reisender mit dem Schnellzuge von Dresden über Prag, Wien und Budapest nach Belgrad fährt, ergeht es ihm da etwa viel besser als den Insassen der Postkutsche? Jeder dieser Liliputstaaten will wirtschaftlich selbständig sein und sogar noch möglichst viel an das Ausland verkaufen. Womit das Ausland bezahlen soll, wenn man ihm nicht auch etwas abkauft, darüber machen sich die Wirtschaftspolitiker dieser Staaten keine Sorgen. Wer sich gegen eine so törichte und verderbliche Handelspolitik wendet, der mag ein guter Volkswirtschaftler sein, als schlechter Patriot gilt er auf jeden Fall. Er wird von den „Wirtschaftskreisen“ in Grund und Boden geschrieen, denn er bringt die „nationale Wirtschaft“ in Gefahr. Was die kleinen Staaten machen, das können die großen erst recht. Die noch halbwegs freihändlerischen Staaten Europas lassen sich an den Fingern einer Hand aufzählen. Es sind gerade fünf, nämlich England, Holland, Dänemark, Norwegen und Portugal. Alle anderen treiben die Politik der verrammelten Tür und am dichtesten hat sich — wenn auch zum Teil aus anderen Gründen als die übrigen Staaten — die große Welthandelsfirma abgeschlossen, die sich Sowjet-Rußland nennt.

Da klafft ein großer Widerspruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf: es hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Erdteile herbeigeführt und gleichzeitig drängt es doch die Kapitalisten der einzelnen Länder zu engherziger Abschneuerung von der übrigen Welt. Wie ist dieser Widerspruch möglich? Nur dadurch, daß die Kapitalistenklasse zur Führung ihrer internationalen Konkurrenzkämpfe heute noch die Staatsgewalt mißbrauchen kann. Das bedeutet geradezu eine neuerliche Wandlung des Staatszweckes. Die römischen Kaiser deutscher Nation sollten „allzeit Mehrer des Reichs und Schirmherr der Christenheit“ sein. Ihr Staatsziel war Ländereroberung und Verbreitung und Festigung der christlichen Religion. Das Ideal der Liberalen war der von Lassalle verspottete „Nachtwächterstaat“, der nichts tun sollte, als Diebe aufhängen und mit viel Militär dafür sorgen, daß niemand beim Profitmachen gestört werde. Die Kapitalistenklasse von heute verlangt vom Staate, daß er ihre wirtschaftliche Machtstellung festigt und sie schützt gegen Konkurrenz von außen und gegen die Forderungen der Arbeiterklasse im Inlande. Der Staat soll Wirtschaftsgebiet, er soll Beuterevier für seine kapitalistischen Bewohner sein, bevor er etwas anderes ist.

Das wichtigste Werkzeug zur Verwirklichung solcher Machtgelüste ist die Zollpolitik. Ein Bäcker kann niemanden zwingen bei ihm zu kaufen, wenn er schlechteres und teureres Brot backt als seine Konkurrenten. Wenn jedoch die Kapitalisten eines Landes bestimmte Waren nur schlechter und teurer herstellen können als die ausländische Konkurrenz, so erzwingen sie durch ihre politischen Parteien einen hohen Zoll. Dann müssen die Verbraucher die Waren bei ihnen kaufen. Damit die Komik auch zu ihrem Rechte kommt, behaupten die Schwindler, der Zollschutz sei unentbehrlich, weil sie sonst ihre Arbeiter brotlos machen müßten, — so leid es ihnen auch täte. Das also ist der Unterschied im Konkurrenzkampf zwischen Kapitalisten des gleichen Landes und Kapitalisten verschiedener Länder: die inländischen Kapitalisten haben im Konkurrenzkampfe gegeneinander kein politisches

Mittel, die Kapitalisten verschiedener Länder bekämpfen einander nicht direkt, sondern verstecken sich hinter ihre Staatsmacht. Welche Formen dieser Konkurrenzkampf annehmen kann, das haben wir von 1914 bis 1918 mit Schaudern erlebt. Unser Ziel ist somit vorgezeichnet. Wir müssen die Staatsmacht erobern und sie so umgestalten, daß sie von den Kapitalisten nicht mehr zur Austragung von Konkurrenzkämpfen mißbraucht werden kann. Daß aber dann, wenn die Arbeiterklasse in einem Lande die Macht erobert hat, sich nicht gleich alles mit einem Schlage bessern kann, das zeigt am deutlichsten das Beispiel des hungernden Sowjet-Rußland. Selbst wenn die Arbeiterschaft in der ganzen Welt die politische Macht besäße, könnte sie nicht mit einem Male die erstrebte, weltwirtschaftliche Arbeitsteilung durchführen. Wer solche Schwierigkeiten mit einer revolutionären Phrase hinwegdiskutieren will, ist ein Tropf, der von Marx nichts gelernt hat und den man darum nur bemitleiden kann.

\*

Außer den skizzierten äußerlichen Veränderungen hat der Kapitalismus in der ganzen Welt Wandlungen durchgemacht, die auch sein inneres Wesen verwandelt haben. Von der wichtigsten sei im Folgenden noch die Rede. Um die Jahrhundertwende waren die Unternehmer auf ihre freie Persönlichkeit sehr eingebildet. Die freie Konkurrenz ist die ideale Menschengestaltung, denn sie sorgt schon dafür, daß es nur der Tüchtige zu etwas bringt, so hieß es damals. Alle Arten von Zusammenschlüssen waren verpönt und die Gewerkschaften wurden bekämpft, weil sie angeblich die freie Persönlichkeit des Arbeiters einschränkten. Durch ein paar Krisen sind die Unternehmer inzwischen mürbe geworden und heute sagt keiner von ihnen mehr: „Der Starke ist am mächtigsten allein“. Im Gegenteil, die schließen sich in Kartellen, Syndikaten, Konzernen, Trusts und Interessengemeinschaften oder sonstwie benannten Vereinigungen zusammen. Der Grad der Innigkeit solcher Verbindungen ist sehr verschieden, er reicht von der bloßen Verabredung bis zur größten Innigkeit, die unter Kapitalisten überhaupt möglich ist, bis zur gemeinsamen Kasse. Der Zweck solcher Zusammenschlüsse ist immer der gleiche: die Kapitalisten vertragen sich untereinander, um vereint ihre Abnehmer und schließlich die Verbraucher besser ausbeuten zu können. Solche Bindungen reichen auch über die Landesgrenzen hinweg. Es gibt gegenwärtig an die 250 internationalen Kartelle und die internationale Kapitalverflechtung war noch nie so dicht wie heute. Ob sie ausreichen würde, drohende Kriege zu verhindern, das sei zumindest bezweifelt. Schon der letzte Krieg hat gezeigt, daß die Kapitalisten aller Länder solche Bedingungen rasch lösen und sogar einen Teil ihres im Ausland angelegten Geldes opfern, wenn sie hoffen, durch einen siegreichen Krieg mehr zu ergattern. In Deutschland wird die Zahl der Kartelle auf 2000 geschätzt. Mit Einschluß der kartellähnlichen Vereinbarungen kommen manche Schätzungen sogar auf 3000. In einzelnen Wirtschaftszweigen sind diese kapitalistischen Bindungen schon außerordentlich stark, wie die folgende Aufstellung des Statistischen Reichsamtes zeigt. Die in Konzernen zusammengefaßten Unternehmungen betragen im Kalibergbau 98 Prozent, in der Farbenindustrie 96, in der Braun-

kohlengewinnung 95, in der Steinkohlengewinnung 90, in der elektrischen Industrie 87 und in der Eisen- und Stahlindustrie 85 Prozent, beherrschen also den weitestgehenden Teil der gesamten Produktion.

Eine solche Zusammenfassung so vieler wichtiger Wirtschaftsgebiete hat zur Folge, daß nicht mehr blindlings drauflos produziert wird wie zu der Zeit, als jeder Unternehmer noch vereinzelt auf die Profitjagd ausging. In den kapitalistischen Wirrwarr kommt auf diese Weise notgedrungen so etwas wie eine Bedarfsdeckungswirtschaft, jedenfalls eine Ordnung, die an sich nicht kapitalistisch ist. Man mag sich scheuen, das Wort Genossenschaft mit solchen Konzerngebilden auch nur gemeinsam zu nennen, man wird aber doch zugestehen, daß die gegenseitige Stützung in den Kartellen, Konzernen und Syndikaten der äußeren Form nach eher genossenschaftlich als kapitalistisch ist. Der Kapitalismus hat bei seinen Gegnern etwas gelernt. Er bedient sich im Kampfe um sein Dasein der genossenschaftlichen Methode, die seinem innersten Wesen fremd ist und die für ihn über kurz oder lang zu einer Gefahr werden muß. Er ersetzt die abgebrannten Balken seines Baues durch neue, an denen er selber keine Freude mehr hat, weil sie nach fremden Angaben gezimmert sind. Aber er muß sie ersetzen, weil er nicht anders kann und darum dauert das Niederbrennen des Gebäudes so lange. Es ist überhaupt nicht anzunehmen, daß eines Tages der ganze Bau mit einem Krach zusammenstürzen wird. Vielmehr verändert er sich auch während des Brandes durch die ständige Balkenerneuerung in seiner Bauart immer mehr, so daß er eines Tages auch für die Arbeiterklasse bewohnbar sein dürfte. Dann werden die kapitalistischen Insassen ausquartiert, die Flammen gelöscht und die letzten baulichen Umgestaltungen vorgenommen.

Vieles, was für die Behandlung des Themas wichtig ist, konnte im vorstehenden Aufsätze nicht erwähnt werden, auch das Wichtigste wurde nur angedeutet. Die Formen des Lebens und Absterbens im gegenwärtigen Kapitalismus sind so mannigfaltig, daß ihre Darstellung kaum in einem dicken Buche möglich ist, geschweige denn in einem Aufsätze. Wenn aus dem vorstehenden Absatze für den Leser erkennbar ist, wie auch das Kartell nur scheinbar eine neue Lebensform des Kapitalismus darstellt und wenn er erkannt hat, wie bedeutungsvoll die Genossenschaftsbewegung neben der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit für die Errichtung einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung ist, dann hat er seine Zeit mit dem Lesen dieser Zeilen nicht vergeudet.

Vieles ist noch zu tun, bevor wir den 1. Mai des Sieges werden feiern können. Aber wir werden ihn feiern. Sehnsucht und Empörung, die Quellen unserer Weltbewegung netzen in ständigem Fluß die Wurzeln unserer Siegesgewißheit: Hartnäckigkeit und Zuversicht. Wir wollen eine Gesellschaftsordnung errichten, in der die Menschen über die wirtschaftlichen Tatsachen herrschen werden, nicht umgekehrt wie es heute ist. Erst in der sozialistischen Gesellschaft werden die erhabenen Worte des Chors aus einer altgriechischen Tragödie zur Wahrheit werden:

„Vieles Gewaltige lebt, doch nichts ist gewaltiger als der Mensch!“



CONSTANTIN MEUNIER: DIE INDUSTRIE

Robert Wiener

## Die Sozialdemokratie für die Arbeitslosen

Der Fluch der Arbeitslosigkeit begleitet den Arbeiter durch alle Entwicklungsstufen der kapitalistischen Gesellschaft. Der technische Fortschritt, der im kapitalistischen System nicht der Volksgesamtheit, sondern den Besitzern der Produktionsmittel zugute kommt, wirft immer wieder Arbeiter aufs Pflaster, schafft die industrielle Reservearmee, die von der wachsenden Produktion zum Teil aufgesaugt, durch die Weiterentwicklung der kapitalistischen Technik aber immer wieder aufs neue ergänzt wird, die in Zeiten guter Konjunktur zusammenschmilzt, aber in der Krise immer wieder mächtig anschwillt. Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kein Mittel, das die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigen könnte, es gibt nur die Möglichkeit, sie durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik einzuschränken und das Elend der Arbeitslosen selbst durch Unterstützungen zu mildern.

Staat und Gesellschaft haben lange Zeit diese sozialpolitische Verpflichtung, den Opfern des kapitalistischen Systems zu helfen, völlig vernachlässigt. Es blieb der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterklasse überlassen, ihren hungernden Klassengenossen durch gewerkschaftliche Unterstützungen über die

schlimmste Not hinwegzuhelfen. Nach dem Umsturz ist es der gesteigerten Macht der Arbeiterparteien fast überall gelungen, staatliche Arbeitslosenunterstützungen durchzusetzen. In dieser Zeit war freilich infolge der schweren Nachkriegskrise der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit sehr groß und daher das Bedürfnis nach staatlicher Hilfe besonders dringend. Das Heer der Arbeitslosen zählte in den ersten Nachkriegsjahren nach Millionen, auch in unserem Lande nach Hunderttausenden und die Tschechoslowakische Republik mußte jährlich mehrere hundert Millionen für Arbeitslosenunterstützungen aufwenden. Aber der Einfluß der Sozialdemokratie war damals stark genug, um diese große sozialpolitische Leistung zu erzwingen.

Allerdings waren die staatlichen Arbeitslosenunterstützungen nur als Uebergangsmaßnahme gedacht. Bereits im Jahre 1921 beschloß die Nationalversammlung ein Gesetz, das die Arbeitslosenfürsorge nach den Grundsätzen des Genter Systems regelte. Dieses System hat seinen Namen von der belgischen Stadt Gent, wo es bereits vor dem Kriege im kommunalen Rahmen in Geltung stand, und beruht darauf, daß der Staat den gewerkschaftlichen

Organisationen zu ihrer Arbeitslosenunterstützung einen Beitrag leistet. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes mußte aber einige Jahre hindurch immer wieder aufgeschoben werden, weil das Genter System für Zeiten normalen Beschäftigungsgrades gedacht ist und, solange die Nachkriegskrise wütete, ohne schweren Schaden für die Arbeitslosen und ohne übermäßige Belastung der Gewerkschaften nicht verwirklicht werden konnte. Erst im Jahre 1925 wurde das Gesetz über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung in Wirksamkeit gesetzt.

Die Gewerkschaften hatten das Zustandekommen dieses Gesetzes begrüßt. Erwarteten sie doch von ihm eine Stärkung ihrer Position und eine vermehrte Anziehungskraft auf die Arbeiter, die sich nur durch den Beitritt zu einer Gewerkschaft Hilfe im Falle der Arbeitslosigkeit sichern konnten. Diese Hoffnungen haben sich aber nur zum Teil erfüllt und es stellte sich bald heraus, daß das Genter System den Ansprüchen einer planmäßigen Sozialpolitik nicht genügt. Inzwischen war aber die Macht der Arbeiterparteien wesentlich geschwächt worden, sie waren nicht mehr imstande, eine Reform der Arbeitslosenunterstützung durchzusetzen.

Dann kam der Bürgerblock. Drei Jahre, wenn wir die Uebergangsperiode der Beamtenregierung hinzurechnen, dreieinhalb Jahre hat die bürgerliche Mehrheit des Parlamentes im Lande geherrscht. Sie übernahm die Macht in einer schweren Wirtschaftskrise, die sozialpolitische Maßnahmen, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit dringend erfordert hätte. Es geschah nichts. Der Bürgerblock geriet, ohne sein Verdienst, dank der weltwirtschaftlichen Entwicklung, in eine Hochkonjunkturperiode hinein, die nicht nur der kapitalistischen Wirtschaft, sondern in hohem Maße auch den Staatsfinanzen zugute kam und die so der Regierung reichlich Mittel zur Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen in die Hand gab. Es geschah nichts. Der Bürgerblock hat keine Vorsorge getroffen, um die Konjunkturperiode zu einer dauernden Hebung des wirtschaftlichen Niveaus der Gesamtbevölkerung auszunützen. Der Bürgerblock hat nicht einmal eine kleine Vorlage, welche die Auszahlungsperiode des Staatsbeitrages zur Arbeitslosenunterstützung zu verlängern beabsichtigte, eine kleine Regierungsvorlage, die jahrelang im Hause lag, zur parlamentarischen Verhandlung und Beschlußfassung gebracht.

Bei den Wahlen im Oktober 1929 erreichte den Bürgerblock sein verdientes Schicksal. Er wurde in die Minderheit gedrängt und mußte sich dazu bequemen, die schrankenlose Alleinherrschaft aufzugeben, seine Macht mit den durch das Vertrauen der arbeitenden Massen erstarkten sozialistischen Parteien zu teilen. Leider besteht, dank dem Machtbewußtsein der Bourgeoisie und der kommunistischen Spaltung noch immer ein fühlbares Uebergewicht der bürgerlichen Machtstellung. Dennoch hat der deutsche sozialdemokratische Fürsorgeminister, Genosse Dr. Czech, der sofort mit kräftiger Hand zugriff, als erste seiner Amtshandlungen eine Hilfsaktion für die Arbeitslosen eingeleitet. Ein Betrag von 1½ Millionen, der bald auf 2½ Millionen erhöht wurde, ist zur Unterstützung der Ausgesteuerten zur Verfügung gestellt worden. Besonders die Textilarbeiter und die Glasarbeiter, die unter der Arbeitslosigkeit am schwersten leiden, aber auch Angehörige anderer Berufe wurden von dieser Aktion erfaßt.

Der Minister überwies den Gesandtschaften in Wien und Berlin namhafte Beträge zur Unterstützung der arbeitslosen Staatsangehörigen. Er gewährte den Jugendfürsorgeorganisationen beträchtliche Subventionen und legte ihnen dabei die Pflicht auf, diese Beträge in erster Linie für die Kinder Arbeitsloser zu verwenden. Gleichzeitig führte das Ernährungsministerium eine Bespeisungsaktion für die Kinder der Arbeitslosen durch. Aber alle diese Vorkehrungen waren bloß Maßnahmen für den ersten Augenblick. Das Ministerium für soziale Fürsorge machte sich sofort daran, eine wesentliche Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge überhaupt in die Wege zu leiten.

In den letzten Monaten des Jahres 1929 war die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. Im Oktober waren bei den Arbeitsvermittlungsamtern 35.000 stellenlose Bewerber gemeldet, im November bereits 38.000, im Dezember 53.000. In den ersten Monaten des neuen Jahres verschärfte sich die Krise wesentlich und die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich in raschem Tempo. Ende Jänner wurden bereits 71.000 Arbeitslose gezählt und Ende Feber war ihre Zahl auf 84.000 gewachsen. Die Hochkonjunktur der Jahre 1927 und 1928, die schon Ende des Jahres 1929 merklich abgebröckelt war, wich einer bedrohlich um sich greifenden Krise, deren Folgen in erster Reihe die Arbeiterklasse zu spüren bekam. Um so ernster die Pflicht der sozialistischen Parteien, den Arbeitslosen nach Kräften zu helfen.

Dieser Pflicht entledigten sich die Kommunisten auf ihre Weise. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Regierungseintritt der Sozialdemokraten war ihnen ein willkommenes Anlaß zur Steigerung ihrer Aktionen nicht gegen die Bourgeoisie und die Unternehmer, sondern gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Ihnen kam es nicht darauf an, den Arbeitslosen Hilfe zu bringen, sie wollten vielmehr aus dem Elend der Arbeitslosen politisches Kapital schlagen.

Sie entfesselten widersinnige Streiks, wie in Bleistadt, in Unterreichenau, in Theresiental, die von vornherein zum Zusammenbruch verurteilt waren und deren Zusammenbruch dadurch beschleunigt wurde, daß die „revolutionären“ Kommunisten als erste in die Betriebe liefen. Die Kommunisten führten eine wütende Kampagne gegen den Genossen Czech, solange das Ministerium für soziale Fürsorge die Gesuche der kommunistischen Gewerkschaften um Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages nicht erledigt hatte und beschimpften ihn erst recht, als sie die Bewilligung erhalten hatten.

Die Kommunisten überschütteten die außerordentliche Hilfsaktion des Ministeriums für soziale Fürsorge mit Schimpf und Hohn, als aber ein Bezirk, an dem sie interessiert waren, nicht sofort in die Aktion einbezogen wurde, ging die Hetze erst recht los.

Endlich kündigten sie für den 6. März eine große Demonstration der kommunistischen Parteien aller Länder der Welt an, die vor allem die Forderungen der Arbeitslosen mit Nachdruck zur Geltung bringen sollte. Wie alle kommunistischen Roten Tage seit dem denkwürdigen 6. Juli 1928 ging auch diese, phrasenhaft als Großkampftag gegen die Bourgeoisie angesagte Aktion unter Teilnahmslosigkeit der Arbeiter in Lächerlichkeit unter. Ihren Höhepunkt aber erreichte die kommunistische Arbeitslosenaktion damit, daß die kommunistischen Gewerkschaften, die

Arbeitslosenunterstützung überhaupt einstellen. Kommunisten für Arbeitslose war die Parole; Kommunisten gegen Arbeitslose war die Tat!

Ganz anders die Sozialdemokratie, ganz anders die freien Gewerkschaften! Die Kommunisten beschimpften den sozialdemokratischen Fürsorgeminister im voraus als „den Minister, der die Arbeitslosen verhungern lassen wird“; aber an demselben Tag erklärte die Regierung unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Mitarbeit, daß sie einen Gesetzentwurf über die Arbeitslosenfürsorge dem Parlamente vorlegen werde. Und an demselben Tag begann Genosse Dr. Czech an der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes zu arbeiten. Es war nicht leicht, die Aufgabe zu lösen und alle Widerstände zu überwinden. Das Gesetz mußte den Arbeitslosen eine Verbesserung ihrer Lage bringen und durfte doch den ohnehin schwer belasteten Gewerkschaften nicht neue Opfer auferlegen. Es galt also, die Leistungen des Staates wesentlich zu vermehren. So folgte eine Reihe aufreibender Verhandlungen, Beratungen, vorbereitender Arbeiten; Beratungen mit den Vertretern der Gewerkschaften, Besprechungen mit den Referenten im Ministerium, Verhandlungen mit dem Finanzminister über die finanzielle Tragweite der beabsichtigten Novellierungen, Beratungen der Wirtschaftsminister, um die Textierung der Vorlage zu vereinbaren, Verhandlungen im politischen Ministerkomitee, um die parlamentarische Mehrheit für die Novelle zu sichern, Beratungen der sozialdemokratischen Klubs, um ihre Stellungnahme zur Novelle zu präzisieren. Man muß die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit innerhalb einer bürgerlich-sozialistischen Koalition mit bürgerlichem Uebergewicht zu würdigen verstehen, um sich darüber klar zu werden, wie schwierig es ist, unter solchen Umständen einen wesentlichen Erfolg für die Arbeiterklasse zu erzielen.

Und er wurde erzielt. Die parlamentarischen Repräsentanten der freien Gewerkschaften gingen mit der Einbringung eines Initiativantrages voran. Es ist der Antrag Roscher, Tayerle, Macoun und Genossen, in dem die Forderungen der freien Gewerkschaften zur Verbesserung des Genter Systems niedergelegt sind. Ende März legte dann auch die Regierung ihren Antrag vor und es genügt zur Kennzeichnung des sozialpolitischen Erfolges, daß seine Grundsätze mit denen des gewerkschaftlichen Initiativantrages durchaus übereinstimmen.

Nach der Novelle wird der Arbeitslose die Unterstützung durch 26 Wochen statt wie bisher durch 13 Wochen beziehen. Die Dauer der Unterstützung wird also verdoppelt. Dabei wird aber, ohne daß den Gewerkschaften eine neue Belastung auferlegt würde, die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht sinken. Das wird dadurch erreicht, daß der Staatsbeitrag, der bisher der gewerkschaftlichen Unterstützung gleichkam, nunmehr mit dem Dreifachen der Organisationsunterstützung festgesetzt wird. Der Höchstsatz des Staatsbeitrages wird dabei von 12 Kč auf 18 Kč täglich erhöht. Das bedeutet für den Staat eine Mehrbelastung von etwa 40 Millionen Kč jährlich, für die Gewerkschaften keine Mehrbelastung, für den Arbeitslosen eine Verdoppelung seiner Bezüge.

Darüber hinaus wird eine Krisenfürsorge geschaffen. Wenn die Gewerkschaft nach Ablauf der 26 Wochen eine Unterstützung von wenigstens

25 Heller täglich auszahlt, so gibt der Staat täglich einen Betrag von 1.75 Kč dazu. So wird auch der Ausgesteuerte nicht wie bisher einfach seinem Schicksal überlassen, sondern es wird auch für ihn durch weitere 13 Wochen eine Vorsorge getroffen.

Auch die vor Inkrafttreten der Novelle bereits Ausgesteuerten werden der Verbesserung des Gesetzes teilhaft werden. Auch sie können durch weitere 13 Wochen die Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Der sozialdemokratische Fürsorgeminister hat aber auch die Kurzarbeiter nicht vergessen. Es wird ein Fonds von 10 Millionen Kč bereitgestellt, aus dem die in Kurzsichten Arbeitenden oder durch die Wirtschaftskrise zum zeitweisen Aussetzen verurteilten Proletarier unterstützt werden sollen.

Endlich sind Maßnahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge vorgesehen, die in Lohnzuschüssen für Notstandsarbeiten bestehen.

Die sozialistischen Parteien arbeiten aber auch zielbewußt an der Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Denn besser als durch jede Unterstützung helfen wir dem Arbeitslosen, wenn wir ihm Arbeit verschaffen. In dieser Richtung ist das neue Gesetz über die Bauförderung von großer Bedeutung, da es nicht nur, wie das Bauförderungsgesetz des Bürgerblocks eine wenig wirksame Kreditgarantie vorsieht, sondern überdies, und zwar für ausgesprochene Arbeiterwohnungen, einen staatlichen Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung der Baukredite, der jährlich 20 Millionen Kč erfordern soll. Damit ist die Möglichkeit zur Schaffung von 22.000 Wohnungen, die aus Zimmer und Küche bestehen, gegeben und dadurch wird mit der Wohnungsnot gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit in wirksamer Weise bekämpft.

Die Bemühungen der Sozialdemokratie gehen aber weiter. Genosse Dr. Czech hat eine Kommission eingesetzt, der die Aufgabe gestellt ist, die gesetzgeberische Grundlage für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu schaffen, die alle Arbeitslosen, ohne Rücksicht auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit, umfaßt und auch die Unternehmer zur Beitragsleistung für die Arbeitslosenunterstützung heranziehen soll. So sind die Sozialdemokraten, indem sie den Nöten des Tages abhelfen, doch zugleich immer darauf bedacht, neue Aufbauarbeit für die Zukunft zu leisten.

Viel Nützliches ist, dank der unermüdlichen Arbeit der Sozialdemokraten, voran des Genossen Dr. Czech, in kurzer Zeit geschaffen worden. Für die Sozialdemokratie ist es nicht entscheidend, ob sie im Parlamente in der Regierungsmehrheit oder in der Opposition steht. Entscheidend ist für sie einzig und allein die Frage, mit welchen Mitteln sie am besten für das Proletariat schaffen und wirken kann. Das aber hängt davon ab, wieviel Macht sie hat. Die Arbeitslosen, die gerade in den letzten Wochen den Unterschied zwischen bolschewistischer Demagogie und sozialdemokratischer Arbeit, zwischen demagogischer Hetze und helfender Tat erkennen lernen konnten, werden sich um die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften scharen, von ihnen Hilfe empfangen, aber dafür auch ihnen Kraft und Einfluß verleihen und ihnen so neue Erfolge, neue Errungenschaften ermöglichen. In Kampf und Arbeit gehen wir vorwärts, kämpfend und schaffend werden wir siegen.

Wohnungsnot und Wohnungselend sind älter als die kapitalistische Wirtschaftsordnung, aber niemals haben diese beiden sozialen Uebelstände einen solchen Umfang erreicht, niemals waren sie eine so ausgesprochen charakteristische Erscheinung des Lebens der unterdrückten Gesellschaftsklassen als im Zeitalter des Kapitalismus. Die Entstehung der modernen Großindustrie, die Zentralisierung der Produktionsmittel an bestimmten Orten und die damit verbundene Zusammenballung tausender Menschen in Industriegegenden und Städten haben eine grundlegende Umgestaltung in der Wohnungswirtschaft herbeigeführt. Die Konzentration so großer Menschenmassen machte die Erstellung einer großen Zahl von Wohnungen in den Industriezentren unerlässlich. Durch den sich rasch entfaltenden Wohnungsbau stieg die Nachfrage nach Baugründen, deren Preise dadurch ins ungeahnte emporstiegen. Die durch Terrangesellschaften und private Grundspekulanten ganz systematisch betriebene Verteuerung der Bodenpreise hatte intensivste Ausnützung des Grundes beim Bau von Wohnhäusern zur Folge. Das vielstöckige Miethaus oder besser die Mietkaserne mit vielen, oft hunderten kleinen und Kleinstwohnungen wurden die typische Form des kapitalistischen Wohnungsbaues. Katastrophal gestalteten sich die Verhältnisse in den Städten, wo die proletarischen Wohnungen zumeist in Hinterhäuser und Hofgebäude verlegt wurden. Die Luft- und Lichtzufuhr in diese proletarischen Elendsquartiere der Städte erfolgt durch Licht- und Luftschächte, deren Enge und Tiefe das ganze Jahr hindurch keinen Sonnenstrahl in die Wohnungen dringen läßt. Das Ziel des kapitalistischen Wohnungsbaues der Vorkriegszeit war eben die Errichtung einer möglichst großen Zahl von Wohnungen mit möglichst wenig Kapital. Es darf deshalb nicht wundernehmen, daß diese Wohnungen nicht den geringsten Komfort, kein Zubehör aufwiesen und daß nicht im geringsten auf die hygienischen Erfordernisse Bedacht genommen wurde. In Teplitz-Schönau und Turn z. B. hatten nach der Wohnungsaufnahme vom Jahre 1921 von 11.696 Wohnungen nur 1579 ein Badezimmer, nur 3860 ein eigenes Klosett, nur 1891 Gas und 4347 eine eigene Wasserleitung.

Trotz ihrer Unzulänglichkeit aber waren diese Wohnungen teuer und verschlangen im Durchschnitt 20, ja selbst 25% des Einkommens des Wohnungsinhabers. Die absolut und vor allem im Verhältnis zur Wohnfläche teuren Mieten begünstigten das Schlafgängerunwesen und führten dadurch zur Ueberfüllung der Wohnungen mit all ihren gesundheitlichen und sittlichen Gefahren. In diesen überfüllten, sonnen- und lichtlosen Wohnungen aus der Vorkriegszeit wuchern die Tuberkulose, Rachitis und Geschlechtskrankheiten. Die Zahl der Todesfälle infolge Tuberkulose liegt in unseren Industriegegenden weit über den Durchschnitt anderer Staaten. Während in Dänemark auf 10.000 Einwohner 8.1 Sterbefälle als Folge von Tuberkulose, in Deutschland 9.3, in England 9.7 und Belgien 10.1 entfallen, beträgt die Zahl der Sterbefälle infolge Tuberkulose in der Tschechoslowakei 19.4! Die Statistik zeigt uns, daß die Zahl am größten in den Industriegegenden ist, wo Wohnungsnot und Wohnungselend die Entwicklung dieser Volksseuche begünstigen.

So gestaltete sich die Entwicklung unserer Wohnungswirtschaft bis zum Jahre 1914. Der Krieg, der alles verfügbare Kapital für die Erzeugung von Mordwaffen erforderte, brachte den Wohnungsbau vollständig zum Stillstand. Das Mißverhältnis zwischen der Nachfrage nach Wohnungen und dem Angebot wurde von Jahr zu Jahr krasser. Die Mieten freigewordener Wohnungen erreichten phantastische Höhen. Da entschloß sich die österreichisch-ungarische Regierung gegen Kriegsende, auch die Wohnungen der Zwangswirtschaft zu unterwerfen. Der Mieterschutz verhinderte die willkürliche Erhöhung der Mietzinse und beschränkte das Kündigungsrecht der Hausherrn. Aber das neue Wohnrecht wurde bald Gegenstand der schärfsten Angriffe der Hausbesitzer und der bürgerlichen Parteien, die in der Wiederherstellung des sogenannten „freien“ Spiels der Kräfte, der freien Wohnungswirtschaft der Vorkriegszeit, das Allheilmittel erblickten. War aber der Abbau der Zwangswirtschaft im Allgemeinen nach dem Kriege notwendig, da die Warenproduktion die Nachfrage wieder zu befriedigen vermochte, so traf dies im Wohnungswesen nicht zu. Die Wohnbautätigkeit, unter Kapitalmangel, hohen Hypothekenzinssätzen und den gestiegenen Baumaterialpreisen leidend, erholte sich trotz weitgehender staatlicher Förderung nur ganz langsam. Sie war nicht in der Lage, den jährlichen Mehrbedarf an Wohnungen zu befriedigen, geschweige denn das Defizit der Kriegsjahre auszugleichen. Nach wie vor besteht zwischen dem Bedarf und dem Angebot von erschwinglichen Wohnungen ein arges Mißverhältnis. Aber auch die Einkommensteuerverhältnisse der breiten Volksmassen, deren Reallohn tief unter dem Niveau anderer Industriestaaten steht, gestatten es nicht, von der Wohnungszwangswirtschaft in ihrer heutigen Form abzugehen, ganz abgesehen davon, daß dies aus rein hygienischen und sittlichen Erwägungen auch in dem Zeitpunkt, wo sich Angebot und Nachfrage von Wohnungen einmal die Waage halten sollten, nicht einmal wünschenswert wäre. Es kann sich vielmehr nur um eine definitive Lösung des Mieterschutzes in dem Sinne handeln, daß das heutige Mieterschutzgesetz zwar verschwindet, an seine Stelle aber eine gründliche Reform des Bestandrechtes des bürgerlichen Gesetzbuches tritt. Die Schaffung eines modernen Miet- und Wohnrechtes, das jedem Mieter ein Dach über dem Kopfe sichert und den Mietwucher in alten und neuen Häusern bekämpft, ist aus wirtschaftlichen, volksgesundheitlichen und ethischen Gründen ein Gebot der Zeit.

Mit der Lösung der Frage des Mieterschutzes in diesem Sinne kann aber die Aufgabe der Wohnungspolitik nicht erschöpft sein. Die Erfahrungen bei uns und im Auslande, namentlich in Ländern, wo der Mieterschutz den Wünschen des Hauskapitals entsprechend abgebaut wurde, haben gelehrt, daß der kapitalistische, auf Gewinn berechnete Wohnungsbau unfähig ist, das Wohnungsbedürfnis der Massen zu befriedigen, denn es handelt sich bei dem Wohnungsproblem nicht darum, überhaupt Wohnungen zu bauen, sondern Wohnungen mit erträglichen Mietpreisen zu errichten. Aber gerade in dieser Beziehung hat die private Wohnbautätigkeit selbst in Ländern, wo sie sehr weit-

gehend vom Staate unterstützt wurde, vollständig versagt. Eine Erhebung, die der Bund deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, im Sommer 1929 über das Verhältnis zwischen Neubaumieten und den Einkommensverhältnissen der Arbeiter und Angestellten durchgeführt hat, ergab, daß der Mietzins selbst für Neubauwohnungen, die mit billigen 1- bis 2%igen Hauszinssteuerdarlehen errichtet wurden, so hoch sind, daß sie von der Mehrzahl der Wohnungssuchenden nicht bestritten werden können. Bei uns also liegen die Verhältnisse nicht besser. Wohnungen von Zimmer und Küche verschlingen heute im Durchschnitt einen Wochenlohn, in Städten 30 bis 40 % des Einkommens des Haushaltsvorstandes.

Das Fiasko, das die private Wohnbautätigkeit nach dem Kriege erlitten hat, ergibt die Notwendigkeit, den gesamten Wohnungsbau nach Möglichkeit dem Privatkapital zu entziehen und den Gemeinden und gemeinnützigen Baugenossenschaften zu überlassen, die grundsätzlich auf die Erzielung eines Reingewinnes zu verzichten haben. In der Tschechoslowakei wurde unter der Auswirkung des Bauförderungsgesetzes vom Jahre 1921 und die folgenden Novellen bis zum Jahre 1924 von Gemeinden und Wohnungsgenossenschaften eine beträchtliche Zahl von Wohnungen zu erträglichen Mietzinsen errichtet. Diese hoffnungsvollen Ansätze der öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbautätigkeit wurden aber in dem Augenblick vernichtet, als der tschechisch-deutsche Bürgerblock im Jahre 1927 die finanzielle Unterstützung der Bautätigkeit einstellte und es im Wesen nur bei Steuer- und Gebührenbegünstigungen und bei der im großen und ganzen unwirksamen Staatsgarantie bewenden ließ. Im Jahre 1928, das in der Bautätigkeit ein Rekordjahr darstellt, wurden nach den Erhebungen des Statistischen Staatsamtes über die Wohnbautätigkeit in größeren Städten von Gemeinden nur noch 155 und von Genossenschaften nur 1238 von insgesamt 31.246 Wohnungen errichtet.

Der Eintritt der sozialistischen Parteien in die Regierung, vor allem die zielbewußte Tätigkeit des Fürsorgeministers Genossen Dr. Czech führte im März dieses Jahres zur Abkehr von der völlig verfehlten Wohnungspolitik der letzten Jahre. Es ist zunächst gelungen, den Mieterschutz bis zum 30. November dieses Jahres in unveränderter Form zu verlängern und den Ansturm des großen Hausbesitzes erfolgreich abzuwehren. Darüber hinaus wurde in das Bauförderungsgesetz wiederum die direkte finanzielle Unterstützung des Wohnungsbaues neben der Staatsgarantie und den Steuerbegünstigungen aufgenommen. Ausgehend von dem richtigen Standpunkt, daß öffentliche Mittel in erster Linie nicht privaten, sondern öffentlichen Korporationen, vor allen den Gemeinden zur Verfügung zu stellen sind, bestimmt das Gesetz, daß der staatliche Beitrag von 2½% für die Tilgung und Verzinsung der Baudarlehen zunächst den Gemeinden, in zweiter Linie den Baugenossenschaften und nur ausnahmsweise Privatpersonen gewährt werden kann. Es ist richtig, daß mit dem Betrag von 20 Millionen, der jährlich für die staatliche Unterstützung des Baues von Kleinwohnungen vorgesehen ist, nur ein Teil des Wohnungsbedarfes, nur das Wohnungsbedürfnis der ärmsten Schichten der Bevölkerung, befriedigt werden kann und daß die Bevorzugung des Baues von Klein- oder

besser von Kleinwohnungen (Zimmer und Küche) keineswegs eine ideale Lösung vom Standpunkt der Wohnkultur und Wohnungshygiene darstellt, aber unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen handelt es sich zunächst darum, den dringenden Bedarf zu decken und die zur Verfügung stehenden Mittel für den Bau einer möglichst großen Zahl von Wohnungen zu verwenden. Dem Zwange der Not gehorchend, hat sich die Wohnungspolitik auch anderer Staaten und Länder, so in Deutschland und Oesterreich (Wien) vor allem auf den Bau von Kleinwohnungen eingestellt, wobei allerdings für kinderreiche Familien größere Wohnungen vorgesehen werden. Es wird bei uns allerdings notwendig sein, durch administrative Maßnahmen ein Herabsinken der Wohnfläche einer Kleinwohnung unter 40 Quadratmeter zu verhindern, wenn der Zweck des Bauförderungsgesetzes erreicht werden soll. In späteren Jahren, sobald das dringendste Wohnungsbedürfnis befriedigt sein wird, wird sich die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung des Baues von mehrräumigen Wohnungen und der Errichtung von Siedlungen ergeben.

Dem geltenden Gesetze schwebt in erster Linie der Bau der Kleinwohnungen in Hochhäusern vor, die keineswegs, wie die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien und reichsdeutscher Städte zeigt, Mietkasernen zu sein brauchen. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die abnormal hohen Kosten der Baustoffe, der hohe Zinsfuß für erste und zweite Hypothekendarlehen läßt das Hochhaus und Mehrfamilienhaus als die wirtschaftlichste Form des Wohnungsbaues erscheinen. Im übrigen: der Streit, der lange Zeit hindurch um Vor- und Nachteile des Mehrfamilienhauses geführt wurde, hat in den letzten Jahren unter dem Eindruck der Erfolge der Bautätigkeit vor allem der Gemeinde Wien sehr viel an Schärfe verloren. Die Frage, ob unter den gegenwärtigen Umständen das Hochhaus dem Einfamilienhaus vorzuziehen ist, wurde von der Wohnungspolitik, aber auch von der Wissenschaft, im allgemeinen positiv beantwortet.

Das neue Bauförderungsgesetz soll der erste Schritt zu einer großzügigen, auf lange Frist berechneten Wohnungspolitik sein. Eine Reihe von Problemen, wie die Verbesserung des ersten Hauptstückes des Bauförderungsgesetzes über die Entzweiung von Bauplätzen, wie die Verbilligung der Baustoffe und des Wohnungsbaues durch Bekämpfung der Kartelle und Förderung der Typisierung und Normalisierung harren der Lösung.

Es sind große Aufgaben, die unsere Partei in der nächsten Zeit innerhalb und außerhalb der Regierung bevorstehen, aber unter diesen Aufgaben, die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit uns stellen, ist das Wohnungsproblem eine der brennendsten. Es gilt nicht nur zu verhindern, daß die Massen der arbeitenden Menschen wieder schutzlos dem Hauskapital ausgeliefert werden, es gilt auch die öffentliche und gemeinnützige Wohnbautätigkeit in Stadt und Land zu fördern und zu beleben. Eine weitere Etappe in diesem Bestreben wird auch die Novellierung des Gemeindefinanzgesetzes sein, die den Gemeinden wieder die Mittel zur Wohnungs- und sozialen Fürsorge geben soll. Wirtschaftliche, gesundheitliche, sittliche und bevölkerungspolitische Gründe sind es, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf in der Wohnungsfrage leiten.

# Schutz der neuen Generation

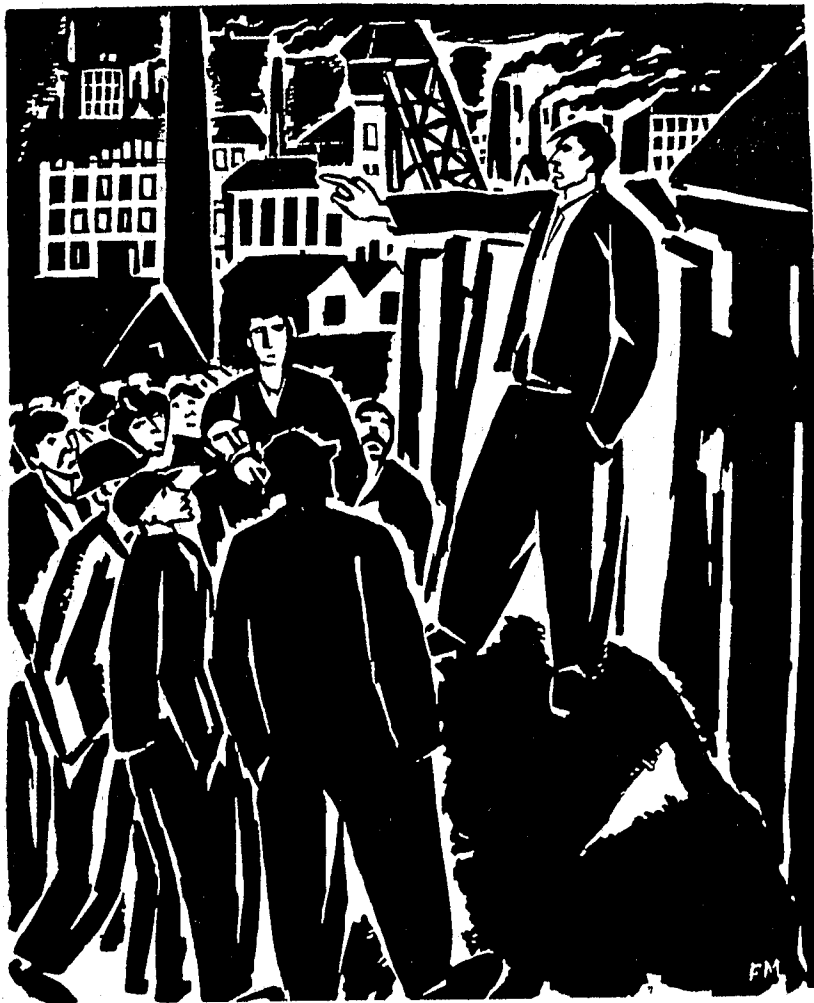
Ernst Paul

In der Bibel wird von einem reichen Manne erzählt, der tausend Lämmer sein Eigen nannte. Seinem armen Nachbarn aber gehörte nur ein einziges armseliges Lämmchen und sonst nichts auf der weiten Welt. Der Reiche jedoch sah nicht seine tausend Lämmer, nicht seinen Ueberfluß, sondern nur das einzige Gut des Armen. Und sein geiziges Herz fand nicht früher Ruhe, bis er des Armen letzten Besitz an sich gebracht hatte...

Das ist mehr als eine legendere Erzählung. Das ist ein fundamentaler Grundsatz der kapitalistischen Gesellschaft, der das Leben beherrscht, seit es Arme und Reiche gibt. Auch die bürgerliche Welt unserer Zeit hat sich ihm gebeugt und umgibt den, der Besitz hat, mit Ehren und Ansehen, mit Recht und Gesetz und totbringenden Waffen und hindert ihn nicht, dem Armen sein letztes Lamm, seine Hütte, seine Arbeitskraft zu nehmen. Ja sie findet es selbstverständlich, daß dies so ist und sie ächtet jeden, der gegen diesen Jammer des Unrechts ankämpft. Wer ganz unten steht auf der sozialen Stufenleiter, der soll unten bleiben sein Leben lang, der soll dienen und entbehren und darf froh sein, wenn ihm sein nacktes Leben belassen bleibt. Denn es ist Wahrheit, bitter-brutale Wahrheit, was Heinrich Heine in seinem bekannten Vers anklagend feststellt:

„Hat man viel, so wird man bald  
noch viel mehr dazubekommen;  
wer nur wenig hat, dem wird  
auch das Wenige genommen.  
Wenn du aber gar nichts hast,  
ach, dann lasse dich begraben,  
denn ein Recht zum Leben, Lump,  
haben nur, die etwas haben!“

Ist denn Heine noch aktuell? Ja, auch heute ist es noch so, wie des Dichters Aufschrei sagt. Der alte, verbrauchte Arbeiter, der in einem Leben voll Arbeit nie aus der Not herausgekommen ist, der weder Vermögen noch Gut erworben hat, wird an seinem Lebensabend wie ein morscher Pflug, wie ein stumpfes Werkzeug mitleidlos in die Ecke gestellt. „Denn ein Recht zum Leben, Lump...“ Hat doch hierzulande erst vor wenigen Jahren ein bürgerlicher Politiker den Ausspruch getan, daß ein Arbeiter, der sich nicht ein Häuschen erspart, ein Lump ist oder ein Säufer. Und ein anderer hat die Arbeitslosen in Bausch und Bogen als Faulenzer, als Lumpen bezeichnet. Und so wenig die bürgerliche Gesellschaft jene schützt, die ausgedient und verbraucht sind, so wenig schützt sie die noch Unfertigen, die heranwachsenden Menschen, jene, die es „noch zu nichts gebracht“ haben. Denn eine Ausnahme läßt sie schon gelten, diese Gesellschaft: wenn es einem gelungen ist, sich durch brutale Ausnützung wirklicher oder vermeintlicher Ueberlegen-



FRANS MASAREEL: DER REDNER  
(Aus »Passion eines Menschen«. Mit Genehmigung  
des Verlages Kurt Wolff-München.)



heit auf den Schultern seiner Kameraden emporzuschwingen und einen Aktienfetzen von der großen Kapitalsmacht zu ergattern, wenn einer ihr treuer Diener geworden ist, dann nimmt sie ihn auf in ihre Reihen. Denn leicht wiegt Herz und Verstand und Wille, aber alles bedeutet das Geld, und besitzt einer Geld, so kann ihm sogar die proletarische Herkunft verziehen werden.

Gering ist die Schätzung, die von der bürgerlichen Gesellschaft der heranwachsenden Jugend zuteil wird. Jener Jugend natürlich, die so unvorsichtig war, sich proletarische Eltern zu wählen. Diese Jugend ist in ihren Augen ja so wertlos. Sie kann ja noch nicht verdienen! Sie kann ja noch nicht oder nur zum Teil zum Vorspann der kapitalistischen Maschine gemacht werden. Ja — das ist das Unerhörte für das echte Kapitalistenhirn — sie kann nicht nur noch nicht in uneingeschränktem Maße der Profiterzeugung dienstbar gemacht werden, sie beansprucht sogar Ausbildung und Schulung, Fürsorge und Schutz. Man möchte sich wohl gern die Kosten für die Schule ersparen, doch kann es sich die kapitalistische Welt heute nicht mehr so bequem machen wie einst. Der Arbeiter in der hochentwickelten kapitalistischen Maschinerie muß mehr wissen wie der Sänfenträger der Antike oder der Kuli, der tagaus, tagein nur Lasten schleppt. Ein Mindestmaß von Wissen ist heute notwendig für jeden Arbeiter, soll er dem Kapitalismus dienen können. Und so muß die bürgerliche Gesellschaft für die Schule sorgen, muß sie auch den Kindern des

Proletariats Zutritt zu den Gefilden des Geisteslebens gewähren. Sie gerät da in einen unlösbaren Widerspruch. Sie ist nicht in der Lage, die Grenze einzuhalten zwischen dem, was die proletarische Jugend lernt und lernen soll. Jedes Minus an Wissen verringert die Verwendungsmöglichkeit des Arbeiters für die kapitalistische Produktion, jedes Plus über die notwendige Dosis steigert die Kampffähigkeit des Proletariats. Da gibt es nur ein Mittel: die Schulen zu durchtränken mit kapitalistischem Geist, mit den Ideen der herrschenden Klasse.

Muß so die bürgerliche Gesellschaft aus innerer Notwendigkeit heraus für ein Minimum an Wissensvermittlung vorsorgen, so lassen sie die Probleme der physischen Fürsorge für die proletarische Jugend zunächst völlig gleichgültig. Solange die proletarischen Gebärmaschinen funktionieren, solange Arbeitermütter unter dem Zwange des Gesetzes und eigener Unwissenheit immer neue Hekatomben für den kapitalistischen Moloch, immer neuen Nachwuchs für die industrielle Reservearmee gebären, solange ist dem Kapitalismus der Mensch als physisches Wesen gleichgültig. Solange Millionen Hände feiern und Millionen Münder nach Brot und Arbeit schreien, weiß er, daß er immer willige Arbeitskräfte finden wird. Mögen darum die Menschen sich frühzeitig verbrauchen, mögen sie in ihrer Jugend unter zu schwerer Arbeit zusammenbrechen, was kümmerts ihn! Maschinen sind teuer und müssen geschont werden, Natur- und Bodenschätze können versiegen und müssen deshalb gehütet werden — eines nur ist



FRANS MASAREEL: DER LEHRLING  
 (Aus »Passion eines Menschen«. Mit Genehmigung  
 des Verlages Kurt Wolff, München.)

unerschöpflich und in Ueberfluß vorhanden: die menschliche Arbeitskraft. Und darum ist sie so billig und darum sind ihre Träger so gering geachtet in den Augen der Kapitalisten in unserer Zeit und in allen Zeiten. Und nur wenn die Not zum Himmel schreit, wenn das Elend zu kraß ist und alle Gesetze der Aesthetik beleidigt, dann tröpfeln die Nutznießer des Elends einen Tropfen sozialen Oels auf die schwärenden Wunden, mehr zur Besänftigung des eigenen Gewissens denn aus Bedürfnis, wirklich zu helfen. Die „Wohltaten“, die das Bürgertum da und dort spendet, sie sind der Schleier mit dem die brutale Fratze des Kapitalismus verhüllt werden soll. Und schließlich wäre den Damen der Bourgeoisie ihr Leben in Fülle gar zu langweilig, wenn sie nicht manchmal Gelegenheit fänden, in die Tiefen des gesellschaftlichen Seins hinabzusteigen. Nur wer dann und wann einen Blick in die Tiefe wirft, dem gefällt es erst wieder auf den Höhen des Lebens...

Es ist das große, unauslöschliche Verdienst der sozialistischen Arbeiterbewegung, eine andere Wertung des proletarischen Menschen herbeigeführt zu haben. Sie hat den Arbeiter, der — erfüllt von den Ideen des Bürgertums — selbst tief seinen Rücken beugte vor den Nutznießern seiner Arbeit, erst zum Bewußtsein seines Wertes erweckt. Sie hat ihn erst dadurch, daß sie die Quellen seiner Not erforschte und, wo sie konnte, verstopfte, wieder die Menschenwürde zurückgegeben. Sie erkannte die tiefe sittliche Wahrheit des Schiller-Wortes von der Menschenwürde:

„Würde des Menschen?  
Nichts mehr davon, ich bitt' euch.  
Zu essen gebt ihnen, zu wohnen.  
Habt ihr die Blöße bedeckt,  
gibt sich die Würde von selbst.

und zog die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis für ihren materiellen Kampf, der dadurch zum sittlichsten, erhabensten Kampf der Geschichte wurde. Sie umhegte die Alten, Verbrauchten mit kameradschaftlicher Liebe, sie erhob den Anspruch auf Hilfe zum unveräußerlichen Recht. Sie erkannte die Kostbarkeit jedes Menschenlebens und hielt ihre schützende Hand über die heranwachsende Jugend, über die neue Generation.

Ja, das ist das ganz besondere Merkmal der sozialistischen Bewegung, daß sie den Ruf der Jugend vernahm. Niemand sonst hat ihn gehört. Der bürgerliche Staat erinnerte sich nur an die Jugend bei der Anlegung der Stammrollen für seine Armeen, sonst war er blind und taub. Die Arbeiterbewegung aber sah das Leid der Kinder in überfüllten Elendsquartieren, in unzulänglichen Schulen, in den dumpfen Werkstätten der Lehrmeister und in den staubgeschwängerten Maschinensälen der Fabriken. Sie schuf die Parole „Froh sei die Kindheit“ und ließ durch solidarischen Zusammenschluß die Kraft reifen, dem proletarischen Kind erzieherisch und fürsorgerisch zu helfen. Sie schuf Spielplätze und Kindergärten, Erholungsheime und Freibäder. Sie erkannte den großen moralischen Wert der — ursprünglich aus der Kraft und dem Entschluß der Jugend selbst entstandenen — Jugendorganisationen und gliederte sie in die Klassenkampffront der Arbeiterbewegung ein. Sie half den Jugendlichen in ihrem Bemühen, sich geistig zu befreien, sie förderte ihr Streben nach wirtschaftlichem Schutz und bildete das soziale Gewissen des Staates.

Es ist kein Zufall, wenn diese Arbeiterbewegung in einem vorgerückten Stadium ihrer Entwicklung

dieser Sorge um die Jugend immer größere Beachtung schenkt. Der Gedanke: kein proletarisches Kind darf seiner Klasse und ihrem Kampfe verloren gehen, wird immer mehr zum ungeschriebenen Gesetz. Und nicht nur um das geistige Wohl, auch um das physische Sein müssen wir uns bekümmern. Solange noch Arbeiterkinder zugrunde gehen, in ihrer Kindheit an Geist und Körper nicht mehr gut zu machenden Schaden leiden, solange Lehrlinge und Lehrlingmädchen in überlanger, durch Prügel und Schimpf gewürzter Arbeitszeit ihre Jugendkraft verbrauchen, solange kann es keinen Frieden geben für die Arbeiterklasse.

Und so ist es wiederum kein Zufall, daß zu den ersten Handlungen unserer sozialdemokratischen Partei in der Regierung Maßnahmen zum Schutz der Jugend gehören. Der sozialdemokratische Fürsorgeminister, Genosse Dr. Ludwig Czech, hat gleich nach seinem Amtsantritt die Regierungsverordnung zu einem schon im Jahre 1921 beschlossenen Gesetze über die Kinder in fremder Pflege veranlaßt. Durch dieses Gesetz werden nicht weniger als 380.000 Kinder betroffen, deren Betreuung wird nun den halbamtlichen Bezirks- und Landeskommissionen für Kinderschutz und Jugendfürsorge übertragen. Nicht minder bedeutend ist eine andere Maßnahme des sozialdemokratischen Fürsorgeministers: er hat durch einen administrativen Erlaß die Einführung von Jugendschutzstellen bei den Gewerbeinspektoraten angeordnet. Damit ist einer alten Forderung, um die die sozialistische Jugend zweieinhalb Jahrzehnte kämpfte, Geltung verschafft worden.

Man darf diese Maßnahmen nicht nur als das werten was sie sind: als erfreuliche Ansätze einer durch den Staat gewährleisteten Fürsorge für die Jugend. Sie bedeuten viel mehr: die Anerkennung der Pflicht der Gesellschaft, das junge Leben zu schützen. Unter sozialdemokratischer Führung hat sich die wichtige Aenderung in der Auffassung von den Aufgaben der Gesellschaft vollzogen. Es ist ein großer Sprung seit der Zeit, da achtjährige Kinder in den Fabriken arbeiten und schlafen mußten, bis zu jener Zeit, da der Staat die Aufsicht über sie übernimmt und durch eigene Organe die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen für die schulentlassene Jugend kontrolliert. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß heute noch nicht alle Not der Jugend beseitigt ist, daß noch viele Kinder gequält und mißhandelt werden und noch viele Lehrlinge und Lehrlingmädchen unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. Das neue Prinzip hat gesiegt und es liegt an uns, ihm vollständig und überall zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Arbeiterbewegung wird diese Entwicklung gewiß auf das freudigste begrüßen. Ist sie sich doch dessen bewußt, daß die Jugend von heute die Kämpfer von morgen stellt. Die Kinder in den Schulen, die Lehrlinge, Lehrlingmädchen und Hilfsarbeiter sind die kommenden Kämpfer in der Partei, in den Gewerkschaften und Genossenschaften, die kommenden Mütter und Erzieherinnen. Von ihrer geistigen Reife, von ihrer physischen Widerstandskraft wird das Ergebnis entscheidender Kämpfe im Ringen der Klassen abhängig. Darum ist der Schutz der kommenden Generation der lohnendste Akt proletarischer Selbsthilfe und eine Garantie für die Siege der Zukunft!

# BEFREIENDER SCHREI

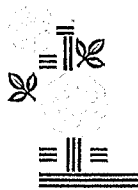
*Wir haben verlernt das erlösende Schreien,  
Das Schreien des Schmerzes, das Jauchzen der Lust;  
Wir bergen den Jammer, verstecken die Wonne  
Verängstigt in mißtraunumpanzelter Brust.*

*Wir gehen in Masken am leuchtenden Tage,  
Verlogenes Lächeln verhüllt unser Leid,  
Versteinte Gesichter verleugnen die Freude  
Und Lärm ist der Einsamkeit trügendes Kleid.*

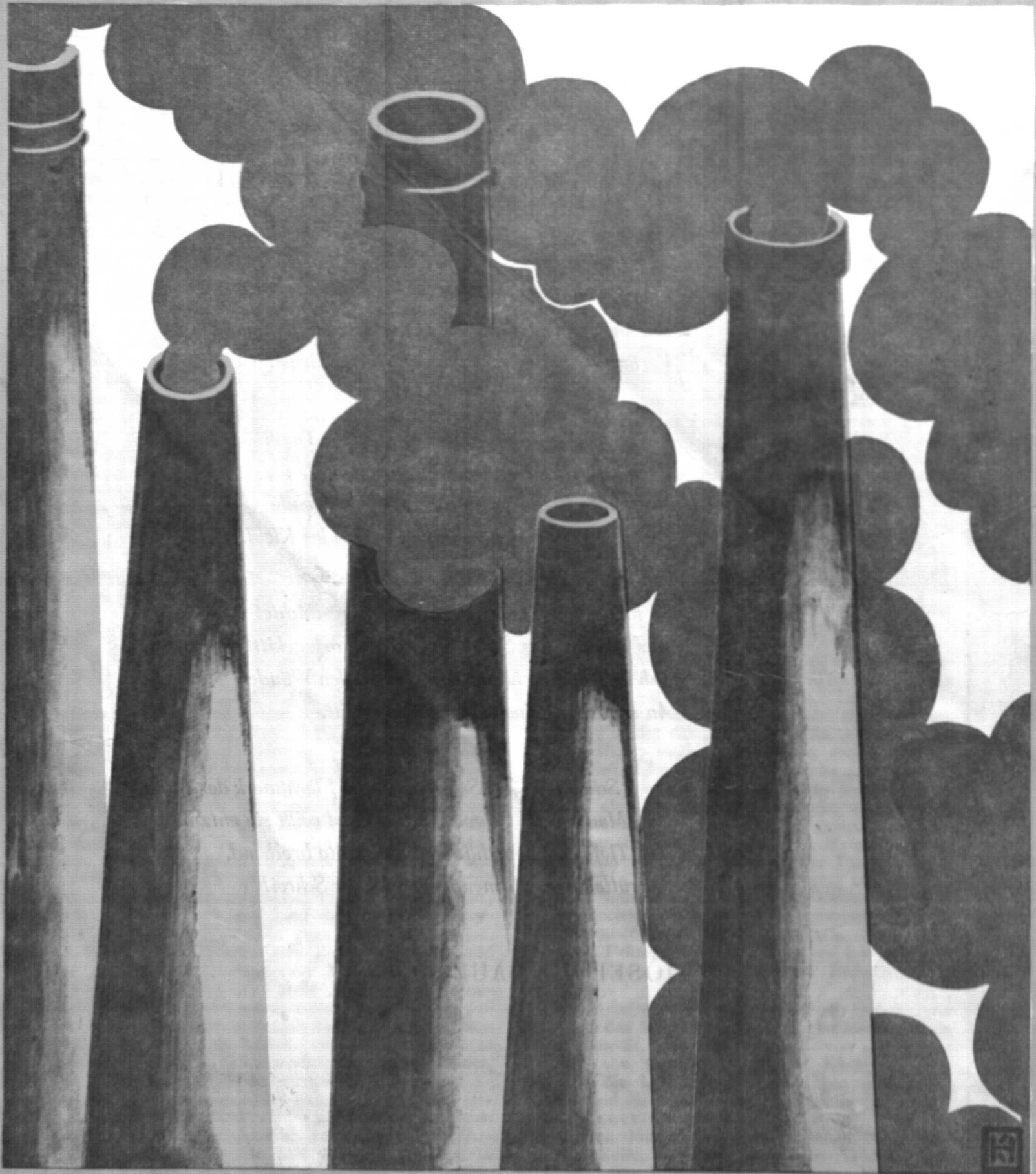
*So haben wir Mauern gebaut und geschichtet  
Aus Blöcken des Schweigens und Wortegekitt —  
Sah keiner, wie hinter den trennenden Wänden  
An seinem Alleinsein ein jeglicher litt.*

*Doch Schranken der Selbstsucht und Flechtwerk der Lüge  
Und Mauern des Schweigens — einst reißt sie entzwei,  
Aus Tiefen allmenschlicher Sehnsüchte brechend,  
Aufrüttelnder, stürmender, rettender Schrei!*

JOSEF HOFBAUER



# DIE MACHT



DER GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG LIEGT IN DER  
GENOSSENSCHAFTLICHEN EIGENPRODUKTION  
DARIN FÖRDERT DEN UMSATZ DER GEGENPRODUKTE